

Wörter-Zeitung

Freitag, 18. Oktober 1929
11. Jahrg. Nummer 244

Vertrakt die Wahlrechts-Marken
Kommunistisches Partei

für Schlesien und Oberschlesien
Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale
Mit der illustrierten Beilage „Der rote Stern“
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kreuzberg Str. 20, Tel. 560 59.
Postfach 201, Breslau 54, Redaktion: Breslau, Kreuzberg
Straße 20, Tel. 230 02, Geschäftsverh. der Redaktion von 12-18
Montag bis Freitag von 17-18 Uhr. Filialredaktionen:
Wietzig, Adolphstr. 20, Tel. 4088; Oppeln, Wabnitzstr. 11, Tel. 1244;
Ostbrunn, Danzig 6, Telefon 2884. Geschäftsverh. von 8-19 Uhr. Geschäfts-
stand am Hauptverlagort Breslau. — Verlag: G. L. Verlagsgesellschaft
m. B., Breslau. — Druck: „Pravda“ Berlin, Fil. Breslau, Kreuzberg Str. 20

Sindenburg und das Stahlhelm-Begehren

Sein Brief eine verkappte Unterstützung des „Volksbegehrens“

Der Brief, den Sindenburg am ersten Tage der Einzelsammlung zum Volksbegehren an den Reichskanzler Hermann Müller gesandt hat, ist von außerordentlicher politischer Bedeutung. Sindenburg schreibt in seinem Brief u. a.:

„Mit steigendem Vorkommen habe ich die Wahrnehmung machen müssen, daß in dem Kampf um das Volksbegehren sowohl von dem Reichsausschuß für das Volksbegehren als auch von den das Volksbegehren bekämpfenden Parteien und Gruppen meine Person und meine mutmaßliche persönliche Meinung zur Frage des sogenannten Young-Planes in die Agitation hineingezogen wird.“

Sindenburg stellt fest, daß er „niemandem die Ermächtigung erteilt oder sonst einen Anlaß dazu gegeben hätte, seine persönliche Meinung zu diesem Problem bekanntzugeben“. Er erklärt mit besonderer Schärfe:

„Ich habe im Gegenteil stets betont, daß ich mir meine endgültige Stellungnahme zu dem Young-Plan bis zu dem Zeitpunkt vorbehalten, in dem diese hochbedeutende Frage zur Entscheidung reif ist und nach Maßgabe der Artikel 70, 72 und 73 der Reichsverfassung zur Entscheidung über eine Verklündung oder eine Ausfertigung der Verklündung verfassungsmäßig zustandgekommener Gesetzesbeschlüsse an mich herantritt und hieran halte ich mich wie vor.“

Sindenburg schließt mit den ironischen Worten:

„Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, hiervon Kenntnis zu nehmen.“

Der Sinn dieses unerwarteten Briefes ist ziemlich klar. Sindenburg greift offen in den Kampf um das Volksbegehren ein. Er wirft

das Gewicht seiner Präsidentschaft in die Waagschale. Er teilt der Öffentlichkeit mit, daß er mit „den das Volksbegehren bekämpfenden Parteien und Gruppen“ nicht einverstanden ist. Diese Parteien und Gruppen sind aber niemand anders als die von Sindenburg ernannte Reichsregierung, die Koalitionsparteien, die Koalition selbst. Sindenburg drückt dieser Regierung sein „steigendes Befremden“ aus. Er verbittet sich, daß er von dieser Regierung „in die Agitation hineingezogen wird“. Während die Minister des Kabinetts Hermann Müller überall, in Stadt und Land, von der Tribüne und durch den Rundfunk, erklären, daß der Young-Plan unter allen Umständen unterzeichnet wird, gibt Sindenburg mit trockener Kürze bekannt, daß er gar nicht daran denkt, sich zur Unterzeichnung des Haager Vertrages zu verpflichten. Er läßt die Frage der Unterzeichnung offen. Er belehrt den Sozialdemokraten Hermann Müller über die Artikel der Reichsverfassung, die dem Präsidenten ein Vetorecht gegen alle „verfassungsmäßig zustandgekommene Gesetzesbeschlüsse“ einräumen.

Sindenburg, der Monarchist, teilt seinen Rat, den Sozialdemokraten, mit: Ihr irrt euch, wenn ihr glaubt, daß ihr mich in der Tasche habt. Im Gegenteil: Ich habe euch in der Tasche. Ihr täuscht euch über die Kräfteverhältnisse, wenn ihr denkt, daß ich eure Politik durchführe. Ihr, meine Ratgeber, euer Kabinett, euer Parlament kann beschließen, was es will. Ich werde mir dann diese Beschlüsse ansehen, und ich werde mir dann reichlich überlegen, ob ich diese Beschlüsse annehme oder in den Papierkorb werfe, ob ich sie verkünde oder die Verklündung aussehe, ob ich euch weiter regieren

Ein guter Anfang

zur Werbekampagne waren die 10 300 Exemplare der Wochen Ausgabe, die am vergangenen Sonntag in Schlesien und Oberschlesien im Sonderverkauf abgesetzt wurden. Die Zahl muß weiter von Woche zu Woche steigen! Trefft sorgfältig die Vorbereitungen! Sammelt Adressenmaterial! Am 27. Oktober ist der erste Großwerbetag! Die politische Situation ist für die Werbung außerordentlich günstig. Die Partei ruft: Auch der letzte Genosse und revolutionär gesinnte Arbeiter muß sich in den Dienst der Werbekampagne stellen!

lasse oder euch aus dem Kabinett hinauswerfe. Ich bitte Sie, Herr Reichskanzler, hiervon Kenntnis zu nehmen.“

Das ist, auf deutsch überetzt, der einfache und wirkliche Sinn des staatsmännischen Briefes Sindenburgs. Daß er sich formell auch gegen seine Freunde, die Stahlhelmler, wendet, daß er mit einer Phrase auch dem Hugenbergschen Reichsausschuß sein „Befremden“ ausdrückt, das ist nur eine durchsichtige Gille; hinter der die politische Bedeutung seines Briefes nur um so deutlicher hervortritt. Keinerlich gesehen bezieht Sindenburg die Stellung der Neutralität zwischen den Stahlhelmparteien, die Hermann Müller stützen wollen, und der Koalitionsregierung, die sich bis gestern unausgesetzt auf Sindenburg berufen hat. Eine solche „Neutralität“ bedeutet in Wirklichkeit die glatte Desavouierung der Regierung Hermann Müller und die offensichtliche Unterstützung des Volksbegehrens.

Der Eingriff Sindenburgs verändert die gesamte politische Situation. Was sind die Gründe für diesen energischen Schritt des Reichspräsidenten? Ist der gleiche Sindenburg, der die Haager Delegation zur Annahme des Young-Planes beglückwünschte und in Frankfurt und Jhlinde demonstrativ hinter Stresemanns Sarg einhermarschierte, etwa über Nacht zum Gegner des Young-Planes geworden? Will er den Kampf gegen die Entente aufnehmen? Es ist klar, daß davon nicht die Rede sein kann. Sindenburg ist fest entschlossen, den imperialistischen Young-Plan durchzuführen. Das weiß er, das weiß die Schwerindustrie, das wissen die ausländischen Imperialisten. Wenn Sindenburg plötzlich die Frage des Young-Planes neu aufrollt und der Koalitionsregierung einen öffentlichen Fuhtritt erteilt, so geschieht dies aus innerpolitischen Gründen.

Die kommunistische Partei hat in ihrer gestrigen Erklärung den Sinn des Hugenberg-Hitlerschen Volksbegehrens entlarvt. Den Hugenberg und Hitler geht es ebensowenig wie Sindenburg um den Young-Plan; um die Befreiung von den Reparationslasten. Die chauvinistische Demagogie, das patriotische Geschrei ist nur ein frecher Volksbetrug, um die werktätigen Massen zu umnebeln. Der wahre Zweck des Volksbegehrens ist die Sammlung aller faschistischen Kräfte, die Anbahnung der offenen Faschistenblutur in Deutschland. Der faschistische Rechtsblock will an Stelle des sozialfaschistischen Koalitionsblocks die Regierung übernehmen und das Stahlhelmsregime in Deutschland aufrichten.

Sindenburg, der oberste Vertreter der bürgerlichen Republik und der demokratischen Verfassung, beweist durch seinen überraschenden Eingriff erneut, daß er auf die bürgerliche Republik pfeift und sich über die demokratische Verfassung lustig macht. Er ergreift demonstrativ Partei für den Faschistenblock. Er kündigt an, daß die Stunden der Koalitionsregierung gezählt sind. Er macht Schluß mit der Taktik des „schweigenden Schweigens“ und der „feinfühligsten Zurückhaltung“. Er schlägt mit der Präsidentschaft, mit der Marschallschaft, mit der Stahlhelmschaft auf den Tisch.

Er wiederholt das, was er bereits früher in der Duellfrage, in der Flaggenfrage, bei der Regierungsübernahme des Bürgerblocks, beim Kampf um den Panzerkreuzer getan hat. Jedesmal, wenn Sindenburg durch seine Briefe in die politischen Ereignisse eingriff, gab er dem deutschen Faschismus ein Signal zum Vormarsch. Auch jetzt entfaltet er im kritischen Moment seine persönliche Initiative. Er ermutigt den Rechtsblock zum Volksbegehren. Er gibt den faschistischen Organisationen das Zeichen zum Angriff auf die Koalitionsregierung. Er pocht laut und vernehmlich auf die reaktionären Machtbefugnisse des Präsidenten, deren Erweiterung gerade jetzt zur Hauptlösung des Faschismus in Deutschland so gut wie in Deutschland und Polen geworden ist.

Es wäre eine Gefahr, wenn die Arbeiterchaft den Ernst der Sindenburgschen Aktion unterschätzen würde. In Deutschland reifen entscheidende Ereignisse heran. Das Hugenbergsche Volksbegehren,

Oppelner Eisenbahner beschließen Beitragsperre

Der sozialfaschistische Kommissar läßt oppositionelle Funktionäre durch Polizei aus dem Lokal werfen — Klassenjustiz hilft den Gewerkschaftspaltern!

Oppeln, 18. Oktober.

Kurz vor Redaktionsschluß wird uns gemeldet: Der von dem Hauptvorstand des Einheitsverbandes in Oppeln eingesetzte Bonze hatte für gestern eine Mitgliederversammlung einberufen. Da zu gleicher Zeit auch eine Versammlung stattfand, die von der rechtmäßig gewählten Ortsverwaltung einberufen war, hoffte der Bonze, den revolutionär gesinnten Eisenbahner nicht Rede und Antwort stehen zu müssen. Seine Hoffnung ging nicht in Erfüllung. Die Kollegen, die in der Versammlung der Ortsverwaltung erschienen, beschloßen, geschlossen in die Versammlung der Bonzen zu gehen. Am Eingange wurde den Mitgliedern der Ortsverwaltung erklärt, daß sie keinen Zutritt zu der Versammlung haben, da gegen sie das Ausschlußverfahren eingeleitet sei. Die Eisenbahnerkollegen erzwangen ihren Funktionären den Zutritt. Darauf griff auf einen Wink des sozialfaschistischen Kommissars die Polizei ein und forderte die oppositionellen Funktionäre zum Verlassen des Lokals auf. Nun wurde die Versammlung eröffnet. Zu dem größten Schreck des Bonzen beschloßen die Kollegen, in die Beitragsperre gegenüber dem Hauptvorstand zu treten. Diesen Beschluß beantwortete der Kommissar mit der Auflösung der Versammlung. Die

Eisenbahner marschierten im geschlossenen Zuge nach dem alten Schützenhaus und setzten dort die Versammlung fort. Einmütig wurden folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Die von der rechtmäßig gewählten Ortsverwaltung empfohlenen Maßnahmen werden durchgeführt.
 2. Der Beschluß auf Beitragsperre gegenüber dem Hauptvorstand wird sofort in die Tat umgesetzt.
 3. Mit der Verwaltung des Geldes wird die rechtmäßige Ortsverwaltung beauftragt.
 4. Es wird eine Versammlung festgesetzt und der Hauptvorstand aufgefordert, in dieser zu erscheinen und Rede und Antwort zu stehen.
- Die Stimmung der Oppelner Eisenbahner ist eine kampfreudige. Sie sind entschlossen, den Kampf gegen die sozialfaschistischen Gewerkschaftspaltern mit aller Energie fortzusetzen.

Die Klassenjustiz hat eine „einstweilige Verfügung“ erlassen, wonach die Büroräume den sozialfaschistischen Spaltern ausgeliefert werden sollen. Die Ortsverwaltung hat gegen die Verfügung sofort Einspruch erhoben.

Vor einem neuen Schanderlaß Orzeszinstis

Einführung verschärfter Versammlungspolizei

Berlin, 18. Oktober.

Wie das „Tempo“ behauptet, ist für die aller nächste Zeit ein Erlaß des preussischen Innenministers zu erwarten, der die Einführung einer verschärften Versammlungspolizei anordnet.

Herr Orzeszinstis, der preussische Polizeiminister, wird sich selbstverständlich auch bei diesem bevorstehenden Erlaß darauf betonen, daß er gegen die „Reaktion“ gerichtet sei. In Wirklichkeit aber ist der neue Erlaß bestimmt, um das Versammlungsrecht der Massenbewegten Arbeiterchaft weiter zu beschränken und der Polizei Gelegenheit zu geben, Versammlungen aufzulösen. Wenn Angehörige der revolutionären Gewerkschaftsopposition mit den Bonzen abrechnen, werden Orzeszinstis Garden die Versammlung auflösen.

(Oppeln ist ein Schulbeispiel für die Unterstützung der verräterischen Gewerkschaftsbürokratie durch die Polizei des Sozialdemokraten Orzeszinstis.) Wenn Arbeiter nationalsozialistische Provokationen dadurch beantworten, daß sie in die Versammlungen der Nazis gehen, wird die Schube noch brutaler wie bisher die Faschisten beschützen und die antifaschistischen Arbeiter aus dem Saale prügeln. Der neue Erlaß Orzeszinstis ist ein Vorboten des kommenden, von Severing angekündigten Reichsvereinsgesetzes, daß schlimmer wie in wilhelminischer Zeit die Polizei zu Herren der Versammlung machen soll. Ein Erlaß des Bluthundes Noke, den wir morgen veröffentlicht werden, liegt ganz in der Linie dieser sozialfaschistischen Politik der Preußenregierung, gegen den die Arbeiterchaft den schärfsten Kampf führen muß.

Der Breslauer Zeppelin-Standal

Die Empörung der Betrogenen — Polizeieinsatz gegen Sturm auf Flugplatz Gombau

Obwohl gestern früh die Bürgerpresse in Czestochowa mitgeteilt hatte, daß der Zeppelin zweimal landen wird, ist Zeppelin nicht gelandet. Er hat die Andree über Oberschlesien, Bräun, Wien, München angetrieben und ist gestern abend um 9 Uhr in Friedrichshafen statt gelandet. Auf dem Flugplatz Gombau spielten sich stürmische Szenen ab, die sich, nachdem die gestrige Ausgabe unserer Zeitung abgeschlossen war, immer mehr steigerten. Die „Breslauer Zeitung“ (Sprecher) darüber:

„Niemand hatte eine Ahnung davon, daß Dr. Czejer nicht landen wollte und daß der Magistrat sich nachträglich darum bemühte. Niemand fand sich, der es der laienmäßigen Menge außerhalb des Platzes für die Ehrengäste mitgeteilt hätte, daß Dr. Czejer auf keinen Fall fliegen würde. Es war zwar ein riesiger Lautsprecher auf dem Platz, aber an so ungünstiger Stelle, daß kein Wort zu verstehen war. So kam es, daß gegen 1 Uhr immer noch Hundstausende auf die Andree und Landung des Zeppelins warteten, der sich schon längst auf dem Wege nach Wien befand.“

Da aber sich kein ruhiger Wartenden die Geduld. Sie strömten vor das Empfangsgebäude und schrien im Chor: „Geld zurück, wir sind betrogen worden.“ Ein starkes Polizeiaufgebot mußte schließlich der bedrohlichen Lage Dr. Czejer bringend um 1 Uhr, nach dreifachigem Schießen, antwortete Czejer, daß er sich bereits auf der Heimfahrt über Wien befinde. Nun erst zerstreute sich die Menge völlig.“

Den Zeppelin konnte man in der Stadt auch sehen. Die Besucher, die nur wegen der Landung gekommen und eine Mark Eintritt bezahlt hatten, waren also die Betrogenen.

Die Empörung und ihr Verlangen auf Rückzahlung des Eintrittsgeldes war durchaus berechtigt. Wie wir bereits gestern meldeten, hatte die Flughafenverwaltung bereits nach 9 Uhr die Polizei verständigt, die fliegen zu lassen. Das ist ein Standal ohne gleichen, der hoffentlich den Erfolg haben wird, daß die Begeisterung für den Zepp-Kunstreifen abklingt, die Breslauer Bevölkerung ein zweites Mal nicht auf den Schwanz der Herkules. Die ganze Veranstaltung war ein nationalsozialistischer Rummel. Dafür zeugten die Militärkapelle der Rundfunkkapelle, die provozierenden schwarz-weißen roten Schleiern des Flugzeugs der „Schlesischen Zeitung“ und die durch Rundfunk verbreiteten Reden. Statt Macht sprach Wagner, außerdem hielt der Schön- und Melodist Ludemann die übliche Rede über die „ästhetischen Belange“. Der Magistrat, der den städtischen Arbeitern am 1. Mai den Lohnabschlag, wenn sie am Kampftag des Proletariats nicht arbeiten, herausgabte die Kommunalarbeiter während des Zepprummels. Wir können selbstverständlich den städtischen Arbeitern jeden freien Tag und jede freie Stunde. Ein Vergleich der „Großbürgerzeit“ des Magistrats in dieser Sache mit der arbeitervindlichen Haltung am 1. Mai zeigt indessen die Politik der Kommune unter der Ära Wagners.

Der Aufmarsch der Faschistenbanden, die nationalsozialistischen Terroristen in allen Ecken Deutschlands, die Überfälle auf die Arbeiterklasse, schließlich der Brief Hindenburgs und Ollibers in der Kette. Was sich in Deutschland unter der Form des Volksbegehrens vollzieht, ist die Parodie zum Aufmarsch der Demobochren in Oesterreich. Hindenburgs Brief ist die Ankündigung des Selpet-Russes in Deutschland.

Die Regierung Hermann Müller ist ein Müßeln geprügelter Galaten, die vor der feistlosen Entlassung zittern. Diese Regierung der Sozialfaschisten, die das Proletariat verrät, betrügt, niederhält und den konterrevolutionären Terroristen ausliefert — sie reinigt nur die Bühne für die Stahlhelmhilarität. Hindenburg erniedrigt und verhöhnt diese Regierung. Er stellt den Verfall und die unvermeidliche Auflösung der Koalition fest. Sein Brief bestätigt die Richtigkeit der kommunistischen Stellungnahme zum Volksbegehren. Es gibt gegenwärtig in der deutschen Politik nicht drei Lager, sondern nur zwei Lager, nur zwei feindliche Fronten.

Auf der einen Seite die vereinigte Reaktion, der provokierende Rechtsblock und der verdrängte Koalitionsblock. Auf der anderen Seite das revolutionäre Proletariat und alle Werktätigen unter Führung der kommunistischen Partei. Wenn Hindenburg mit seinen Faschisten und Sozialfaschisten den Kampf aufnimmt, so ist er sich klar darüber, daß diese Entwicklung zur äußersten Schärfe weitergeleitet wird. Die Erschütterung der faschistischen Diktatur in Deutschland bedeutet den Bürgerkrieg. Das Proletariat muß sich auf diese Perspektive rufen. Die Kommunisten werden alles tun, damit das Proletariat gerüstet bleibt.

Das ist unsere Antwort auf den Brief Hindenburgs!

Die Faschisten provozieren das rote Berlin

Am 20. Oktober soll als Höhepunkt der nationalsozialistischen Werbemasche ein großer Aufmarsch von aus dem ganzen Reich zusammengezogenen Sturmabteilungen der Nationalsozialisten stattfinden. Der Aufmarsch soll im äußersten Norden, in Berlin-Waidmannslust, beginnen und quer durch den roten Wedding nach dem Sportplatz gehen, wo die Hauptkundgebung stattfinden soll. Diese Demonstration ist eine bewusste Provokation des roten Berlin — sie widerstandlos dulden, hieße, dem faschistischen Terror Tür und Tor öffnen. Die Berliner Arbeiter können und werden nicht dulden, daß im roten Wedding ungeführt die Fahne des Arbeitermordes entfaltet wird. Sie werden sich gegen die ungeheuerliche Provokation zur Wehr setzen und die Hitler-Banden so empfangen, wie sie es verdienen: als Todfeinde der Arbeiterklasse, die rücksichtslos zurückgeschlagen werden müssen. Am 20. Oktober werden die Berliner und insbesondere die Weddingener Arbeiter zeigen, daß Berlin rot ist und rot bleibt. Die aktive Solidarität des gesamten deutschen Proletariats wird den Berliner Arbeitern in ihrem schweren Kampfe zur Seite stehen.

Ungeheueres Terrorurteil

Zwei Jahre Gefängnis für Vertrieben von Handzetteln
Leipzig, 17. Oktober. Der Lorenz-Senat des Reichsgerichts fällte gestern gegen den Genossen Ludwig Kaiser aus Burgstädt ein ungeheures Terrorurteil. Er wurde wegen Vorbereitung zum Hochverrat und Teilnahme an einer staatsfeindlichen Bestrebung zu zwei Jahren Gefängnis und 100 Mark Geldstrafe verurteilt. Genosse Kaiser hatte im Juni dieses Jahres anlässlich des Einmarsches einer Schwadron Reiter in Burgstädt einige Plakate und Handzettel angefertigt, auf denen er die Soldaten aufforderte, sich nicht als Schlachtopfer für den Kapitalismus beugen zu lassen, sondern in einer Front mit den Arbeitssoldaten gegen die Kapitalisten zu kämpfen. Die Reichsanwaltschaft sah darin den Versuch, die Staatsmacht zu zerschlagen. Die SPD. habe 1923 gesehen, daß sie gegen die Reichswehr nicht erfolgreich kämpfen könne und daraus die Schlussfolgerungen gezogen, daß diese von innen zerstört werden müsse.
Der Reichsanwalt meinte in seiner Anklagerede, es sei eine alte Ausrede der Kommunisten, daß sie den Krieg verhindern wollen. Es sei im Gegenteil erwiesen, daß sie den imperialistischen Krieg herbeiführen, um ihn dann in den Bürgerkrieg umzuwandeln zu können.
Genosse Kaiser wies die Anwürfe des Reichsanwalts zurück und schloß mit den Worten von Karl Marx: „Wir Kommunisten verschmähen es, unsere Absichten zu verheimlichen. Mögen die herrschenden Klassen vor einer Revolution zittern, die Proletarier haben in ihr nichts zu verlieren, als ihre Ketten.“
Nach kurzer Beratung fällte der Lorenz-Senat das obige Urteil. In der Begründung heißt es, daß man politische Fanatiker nicht ändern könne, sie aber auf Jahre einsperren müsse, um sie unschädlich zu machen.
Das Terrorurteil ist die Antwort der Bourgeoisie und der ihr hörigen Klassenjustiz auf den Kampf der kommunistischen Partei gegen die imperialistischen Kriegsvorbereitungen. Trotz aller Terrorurteile wird die kommunistische Partei den Kampf gegen den imperialistischen Krieg verstärken.

Niederlage der DWA-Bürokratie

Die sozialfaschistische DWA-Bürokratie hatte gegen die ausgeschlossene Ortsverwaltung des DWA in Solingen eine einseitige Verfügung erlassen, daß bei Vermeidung von Geld- oder Haftstrafen den Mitgliedern der ausgeschlossenen Ortsverwaltung unterlagt wird, den Namen des DWA, den Stempel in voller oder abgekürzter Form zu benutzen oder die Mitgliederversammlungen des DWA zu besuchen. Das Landgericht Elberfeld hat diesen Antrag zurückgewiesen. Es war selbst den Klassenrichtern nicht möglich, einen Paragraphen zu finden, um den Wunsch der Sozialfaschisten zu erfüllen! — Blamabel!

Die ersten Ergebnisse der ununterbrochenen Arbeitswoche

Moskau, 16. Oktober. (Eigener Bericht.) Bei dem Regierungsaußschuß zur Umstellung der Betriebe auf die ununterbrochene Arbeitswoche laufen Meldungen über die ersten Ergebnisse der Umstellung ein. Überall hat die Einführung der ununterbrochenen Arbeitswoche eine Erhöhung der Produktion, Beschleunigung der Schließungsarbeiten, Erhöhung der Arbeitsproduktivität und eine Vermehrung der Arbeiterzahl herbeigeführt. Im laufenden Jahre wird die ununterbrochene Arbeitswoche in der gesamten Kohlen-, Metall- und Textilindustrie, weiter in der Landmaschinenbau-, Bauholz- und Metallfabrikation eingeführt. Die Belegschaft der Petroawl-Fabrik in Dnesepetrowsk schloß, einen besonderen Arbeitsonntag zu veranstalten und am Jahrestag der Oktoberrevolution dem revolutionären Kriegszustand in Moskau eine Stahl- und Eisenbahn zuzuschicken. Der Oberste Volkswirtschaftsrat der Sowjetunion beschloß,

im laufenden Jahre das Tempo der Umstellung der Betriebe auf den Arbeitsonntag gegenüber dem ursprünglichen Plane zu beschleunigen.

Rot-Front-Roller

Die Staatsanwaltschaft in Duisburg hat gegen zwölf Duisburger Arbeiter ein Verfahren anhängig gemacht wegen angeblichen Verstoßes gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes. Diese Arbeiter, die im RFB in der Schalmelenskapelle mitwirkten, haben weiter in proletarischen Organisationen und bei Veranstaltungen mit neuen Instrumenten musiziert, revolutionäre Lieder gespielt. Die alten Instrumente des RFB waren von der Polizei beschlagnahmt. Als Beweis führt der Staatsanwalt an, daß jetzt aus den Notenhäften des aufgelösten RFB gespielt worden sei.

Antifaschistische Gegendemonstration in Lübeck verboten

Der Senat in Lübeck, in dem die Sozialfaschisten maßgebenden Einfluß haben, hat eine Kundgebung der kommunistischen Partei, die diese gegen eine Veranstaltung der Nationalsozialisten plante, verboten. Die Arbeiterchaft wird darauf mit verstärkter Aktivität gegen die Faschisten antworten.

Der Gumpf der Berliner SPD.

Berlin, 17. Oktober. Wie die Abendausgabe des „Total-Anzeigers“ berichtet, soll die SPD. den Stadtverordneten Mühlmann angesetzt haben, sein Mandat als Stadtverordneter der Partei zur Verfügung zu stellen und seinen Austritt aus der Partei zu erklären. Mühlmann soll sehr enge Beziehungen zu den Ellarets unterhalten haben. Er gehörte u. a. auch dem Verwaltungsrat der Stadtbank als Mitglied an.

Der Abends „Vorwärts“ vom 16. Oktober berichtet hierüber nichts. Es scheint also, als wenn sich Mühlmann geweigert hat, aus der SPD. auszutreten bzw. sein Mandat zur Verfügung zu stellen. Ob die SPD.-Instanzen den Ausschluß von sich aus tätigen werden, hängt davon ab, ob durch einen solchen Ausschluß nicht noch weitere prominente Mitglieder der SPD. im Zusammenhang mit dem Ellarets-Standal belastet werden.

Zur Werbemasche der SPD. Eine tickliche Frage

Durch die SPD.-Presse geht anlässlich der sozialdemokratischen Werbemasche eine satirische Darstellung „Die rote Nacht“ (was die SPD. mit der roten Farbe zu tun hat, muß ihr Geheimnis bleiben), in der in Form einer Pyramide die Zahlen der sozialdemokratischen Organisationen und der sozialdemokratischen „Machtpositionen“ ent-

halten sind, von den Bezirksorganisationen, Abgeordneten, Beauftragten, Stadträten und Bürgermeistern bis hinunter zum Unterbau der Pyramide, den neunhunderttausend Mitgliedern und den neun Millionen SPD.-Wählern. Soweit schon und gut (über die Frage, wessen Machtpositionen diese Zahlen sind, wollen wir hier nicht reden) — aber vom Standpunkt der SPD. selbst entsteht eine tickliche Frage: Warum beginnt die Spitze der Pyramide mit den 33 sozialdemokratischen Bezirksorganisationen und den 153 Reichstagsabgeordneten? Hat die SPD. denn weiter oben keine „Machtpositionen“? Warum beginnt die Pyramide nicht, wie recht und billig, mit den vier sozialdemokratischen Reichsministern, von den Landesministern, Regierungspräsidenten, Polizeipräsidenten, Bankdirektoren und anderen „proletarischen Machtpositionen“ ganz zu schweigen? Sind die sozialdemokratischen Reichsminister proletarische Machtpositionen — warum stellt man dann ihr Licht unter den Scheffel? Oder sind sie keine Machtpositionen, wozu sind sie dann da? Oder sollten sie etwa Machtpositionen der Bourgeoisie sein? Aber wenn sie es sind, wie ist es dann mit den sozialdemokratischen Bürgermeistern und Stadträten, die ihre Anweisungen durchzuführen und die mit Stolz als „rote Machtpositionen“ angeführt werden? Wie ist es dann mit der ganzen Partei, deren Tätigkeit zur Erhaltung der Ministerstühle dient? Sollte sie etwa ein Instrument der Bourgeoisie sein, wie wir bösen Kommunisten behaupten....?

Ellarets-Standal und „Volksbegehren“ vor dem Landtag

Der Preussische Landtag sollte in seiner gestrigen Sitzung einen Untersuchungsausschuß zur Prüfung der Ellarets-Affäre ein. In der weiteren Sitzung besahe er sich mit dem „Volksbegehren“. Es kam zu einem häuslichen Streit zwischen Demokraten, Zentrum, Sozialdemokraten einerseits und dem Deutschnationalen Winterfeld andererseits. Als ein Sozialdemokrat von Wilhelm, dem Flüchtigen sprach, lärmten Nationalsozialisten und Deutschnationale im Chor und verlangten einen Ordnungsruf. Die Abstimmung über den deutsch-nationalen Mißtrauensantrag soll Mittwoch kommender Woche erfolgen. Am Donnerstag nächster Woche soll noch eine zweite Sitzung stattfinden. Dann wird der Landtag bis 20. November in Ferien gehen.

Neue Ueber alle durch Nazis in Berlin

In der Nacht vom 16. zum 17. Oktober kam es wiederum zu drei größeren Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Faschisten in Berlin. Während in der Markensburger Straße in Wilhelmshagen kommunistische Arbeiter die Nationalsozialisten in die Flucht schlugen, griffen in der Brückenallee Stahlhelmer Reichsbannerleute an, bewarfen sie mit Steinen und feuerten Schüsse auf sie ab. Die mit dem Revolver schießenden Stahlhelmer konnten nicht ermittelt werden. In einer faschistischen Versammlung, die in der Volksteinischen Straße zu gleicher Zeit stattfand, lobten die Stahlhelmer einen unerhörten Terror gegen diejenigen aus, die es wagten, gegen das Volksbegehren Stellung zu nehmen. Ein Reichsbannermann erhielt mit einem schweren Schlagstein einen tiefen Wund, wodurch er eine schwere Gesichtsverletzung erlitt.
Die Aktivität der Faschisten erfordert in immer stärkerem Maße die geschlossene Abwehr der Arbeiterchaft. Dem Faschistengeheiß darf kein Pardon gegeben werden.

Luftschiffkatastrophe in Amerika beim Start vernichtet

Das Luftschiff „Bignand“, das der Goodyear Zeppelin-Gesellschaft gehört, ist beim Start auf dem Flugfeld Witterfield bei Pittsburg vernichtet worden. Die Verlustzahlen sind bisher noch nicht bekannt.

Furchtbares Brandunglück in einem Hotel

Ill. Neunart, 17. Oktober 1929. In Seattle (Washington) entbrannte im Portland-Hotel, dem größten Hotel der Stadt, ein Brand, der sich mit großer Geschwindigkeit ausbreitete und das ganze Gebäude zerstörte. Sieben Personen wurden getötet, 15 Personen schwer verletzt. Man befürchtet, daß sich die Zahl der Opfer noch erhöhen wird.

Endlich Auflage gegen den Mödergrößen Stolberg

Ill. Girsberg, 17. Oktober. Die Oberstaatsanwaltschaft von Girsberg teilt mit, daß gegen Christian Friedrich Grafen Stolberg-Berlitzgode, nunmehr Anklage wegen schändlicher Züchtung vor dem Erbkammer-Schöffengericht erhoben worden ist.

Vom Tage

Die Eintragung in die Liste für das Volksbegehren ergab am ersten Tage der Einzeichnung für die Stadt Berlin 20 110 Stimmen.

Wie aus Reichswasser gemeldet wird, hat sich Habibullah dem neuen Machthaber Nadir Khan ergeben.

Die deutschnationale Landtagsfraktion hat den Staatsgerichtshof angerufen, um durch sein Feststellungsurteil das Recht für die Beamten, sich beim Volksbegehren einzusetzen, ausdrücklich festzusetzen.

Nach einem Bericht über die Lage der Reichsanstalt für Arbeitslosenversicherung wird mit einem Anwaschen der Zahl der Unterhaltungsberechtigten im Laufe des Jahres auf 1,8 Millionen gerechnet.

Die nächste englische Reichskonferenz soll im Jahre 1930 in Kanada abgehalten werden.

Die in den Ellarets-Standal verwickelten drei Berliner Stadtbauinspektoren sollen, unabhängig von dem Ausgang des Disziplinarverfahrens, entlassen werden.

Nadir Khan ist zum König von Afghanistan gewählt worden.

Graf Bernstorff ist in London schwer befallen worden.

Wie der Geschäftsträger der albanischen Botschaft aus London mitteilt, ist die Wahl Nadir Khans zum König von Afghanistan durch die Nationalversammlung bestätigt worden.

Verantwortlich für Politik und Religion Alfred Thomas, Breslau; für Baden und Württemberg: Betriebs- und Gewerkschaftsleiter Wilhelm Bielewicz, Breslau; für Ober- und Niederösterreich: Oswald Schwarz, Wien.

Kein Geld für Schlesien und Oberschlesien

Kommunistische Anträge im Grenzlandauschuss abgelehnt

Der Grenzlandauschuss des Landtages verhandelte in seiner letzten Sitzung eine Reihe von Anträgen, welche sich mit der Not der Grenzgebiete befaßten. Alle Parteien waren sich darüber einig, daß etwas geschoben wurde. Am weitgehendsten war der kommunistische Antrag, der zum Bau von Fischereihäfen in Ostpreußen, ferner einer Bahnverbindung zwischen Grenz und Bilkoppen, für Wege- und Brückenbauten im Moosbruch, bezüglichen finanziellen Beihilfen für Fischer, andererseits für umfangreiche Arbeiten in der Grenzmark, Schlesien und Oberschlesien 50 Millionen zur Verfügung gestellt werden sollte. Der Vertreter des Finanzministeriums erklärte, daß die Finanzlage des preussischen Staates wie auch des Reiches eine so angespannte sei, daß es nicht möglich ist, irgend welche Mittel für diese Zwecke im diesjährigen Etat einzusetzen. Auch im kommenden Jahre läßt es sich nicht übersehen, ob Mittel für diese Zwecke zur Verfügung gestellt werden können. Der Vertreter der kommunistischen Fraktion wies darauf hin, daß in der vergangenen Sitzungsperiode zwecks Hilfe für die Grenzprovinzen Anträge zur Genüge angenommen worden sind, die noch ihrer Erledigung harren. Wenn diese bewilligten Projekte allein zur Durchführung gelangten, dann würden die 50 Millionen Mark, die die kommunistische Fraktion beantragt habe, bei weitem nicht auslangen, die viel weniger die 20 Millionen Mark, die die Deutschnationalen eingesetzt wissen wollen. Die Nichtdurchführung der angenommenen Projekte liege doch an dem Fehlen der hierzu notwendigen Mittel, die staatlicherseits zur Verfügung gestellt werden sollen. Nachdem diese Ausführungen seitens des Regierungsvertreters unwidersprochen hingenommen worden, wurde in der darauffolgenden Ab-

stimmung der kommunistische Antrag auf Einsetzung von 50 Millionen für diese Zwecke im Etat 1930 abgelehnt. Angenommen wurde ein Antrag der Sozialdemokraten, im Etat für 1930 für die Grenzgebiete 10,5 Millionen Mark einzusetzen und die Reichsregierung zu ersuchen, den doppelten Betrag für gleiche Zwecke bereitzustellen. Nach Überweisung von zwei weiteren Anträgen, die Hilfsmassnahmen für die Landwirtschaft in den Grenzgebieten forderten, an den Landwirtschaftsausschuss, wurden zwei Anträge verhandelt, die die Bereitstellung von Mitteln zur Verbesserung der Verkehrsverhältnisse in den Grenzgebieten forderten. Angenommen wurde ein demokratischer Antrag, der keine Summe nannte, um die durchzuführenden Massnahmen zu finanzieren. Es blieb aber in dem Antrag Forderungen enthalten, die verlangen, den Bau von Kleinbahnen in verstärktem Umfange, das eingeleitete Wegebauprogramm weiter auszuweiten usw.

Bei der Abstimmung über diesen Antrag, der angenommen wurde, ist es auch den bürgerlichen Parteien Margewesen, daß all dies nur scheinbare Wünsche sind, die sich unter dem heiligen kapitalistischen System schwer verwirklichen lassen; hat doch der Regierungsvertreter während der Verhandlungen erklärt, daß um das Grenzlandprogramm verwirklichen zu können, eine Milliarde Reichsmark benötigt würde.

Wie „exakt“ übrigens der parlamentarische Apparat arbeitet, ist die Tatsache, daß Anträge vom August und November 1928 zur Verhandlung standen. „Technische“ Schwierigkeiten haben der Einberufung des Grenzlandauschusses entgegengestanden.

Radikale sozialdemokratische Phrasen für die Kapitulation vor dem Faschismus

Der österreichische Vizekanzler Schumh hat in seiner letzten Rede, in der er das Programm der faschistischen Verfassungsreform entwickelte, mit großen Worten erklärt, daß die österreichische Sozialdemokratie nun zwischen Demokratie und Diktatur, zwischen Frieden und Bürgerkrieg zu wählen habe. Die „Wiener Arbeiter-Zeitung“ vom 15. Oktober antwortet mit ebenso großen Worten, in denen sie ihren „Kampfwillen“ verkündet, wenn gegen ihren Willen, auf ungesetzlichem Wege, eine Verfassungsänderung erzwungen werden sollte. Aber zwischen den Zeilen wird erklärt, daß die Erzwingung der faschistischen Verfassungsreform ja gar nicht notwendig sei — die Sozialdemokratie werde mit sich schon verändern lassen. Von allen Punkten der geplanten Verfassungsreform wird nämlich nur einer, die Beseitigung der Rechte der Wiener Kommune, als Kampffrage erklärt — die meisten anderen (so das Recht des Bundespräsidenten auf Verhängung des Ausnahmezustandes, das Antikriegsgesetz, die „Ständelammer“) werden ignoriert, und nur ein relativ untergeordneter (die Wahl des Bundespräsidenten im zweiten Wahlgang durch die Bundesversammlung) mit einigen harmlosen Worten „erlebigt“. Offenbar hat die österreichische Sozialdemokratie sich

mit allen Punkten der faschistischen Verfassungsreform, soweit sie nicht die Gemeinde Wien betreffen, bereits abgefunden. Danach sehen auch ihre großen Worte aus: Bei der Ausmalung der Schrecken des kommenden Bürgerkrieges wird an erster Stelle erwähnt — der dann unvermeidliche Zusammenbruch der letzten Banken und die Flucht „des letzten Dollars und des letzten Pfundes“ aus dem Lande. Auf wen kann und will man mit solchen Argumenten wirken? Offenbar auf die Bourgeoisie, der damit eingeredet werden soll, daß der „friedliche“ Weg der Einführung der faschistischen Diktatur unter Beteiligung des Sozialfaschismus der für sie profitablere sei. Viel helfen wird der österreichischen Sozialdemokratie ihr Beteilen nicht: Kutschak, der Führer des „linken“ Flügels der bürgerlichen Parteien, hat in einer Verammlung erklärt, daß er „eine gewisse Mäßigkeit, an die Gewalt zu appellieren“, nicht veräumen werde. Wie er richtig erklärte, geht es „auf Wiegeln oder Brechen“. Der Kampf zwischen dem österreichischen Faschismus und dem österreichischen Proletariat (nicht der SPÖ, die es verrät) steht vor dem Höhepunkt.

Die Kohrleger streifen weiter!

Der Kampf mit dem sozialfaschistischen Streikbrechertum

Mit großer Kampfbegeisterung haben die Berliner Kohrleger in ihrer letzten Versammlung am 15. Oktober die Fortsetzung des Streiks beschlossen. Der heldenhafte Kampf geht weiter. Die Berliner Kohrleger wissen, mit welchen Feinden sie es zu tun haben. Die bestreikten Unternehmer werden finanziell unterstützt vom Verband der Bauunternehmer und vom Verband der Berliner Metallindustrie, währenddem die Piesierung von Streikbrechern die sozialfaschistische Bürokratie des Deutschen Metallarbeiterverbandes übernommen hat. Sämtliche Verwaltungsglieder des DMB, die unter sozialdemokratischer Leitung stehen, arbeiten sieberhaft, um das nötige Streikbrechermaterial nach Berlin zu bringen. Die Sozialfaschisten begnügen sich nicht damit, arbeitslose SPD-Mitglieder als Streikbrecher anzuwerben, sondern schiden im Einverständnis mit den betreffenden Unternehmern auch solche fanatischen SPD-Leute, die in Arbeit stehen, nach Berlin. Beispielsweise konnte ermittelt werden, daß die Dresdner DMB-Ortsverwaltung die zwei Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend, Audi Seyfert und Helmut Fischer nach Berlin schickte. Von diesen stand Seyfert als Mechaniker in Stellung und wurde von seinem Unternehmer zwecks Streikbruchs beurlaubt.

Wie früher die Hinge-Garden und Raczmarek-Banden, so fallen heute die verlumpten SPD-Mitglieder den kämpfenden, klassenbewußten Arbeitern in den Rücken. Die Berliner Kohrleger sind sich dessen bewußt, daß der sozialdemokratische Streikbrecher die größte Gefahr für ihren Kampf bildet. Aber trotzdem sehen die Berliner Kohrleger das heiße Ringen um den Sieg fort, sie scheuen weder Hunger noch Entbehrung und hoffen, gestützt auf die Solidarität der Gesamtarbeiterschaft, dem Unternehmertum und dem sozialfaschistischen Streikbrechertum doch noch eine Niederlage zufügen zu können.

In dieser Situation muß die klassenbewußte Arbeiterschaft die äußersten Anstrengungen machen, um die Berliner Kohrleger zu unterstützen. Die gesamte ehrlich denkende Arbeiterschaft hat auch das größte Interesse daran, daß das sozialdemokratische Streikbrechertum nicht triumphiert. Denn der App des sozialdemokratischen Streikbrechers, der ein geflügeltes Werkzeug in der Hand der korrupten sozialfaschistischen Führer ist, weil er selbst an der sozialdemokratischen Korruption und am sozialdemokratischen Arbeitererrat profitiert, bedroht jeden Kampf der Arbeiterklasse.

So wie die Arbeiterklasse früher mit den Hinge-Garden fertig geworden ist, so wird sie auch mit dem sozialfaschistischen Streikbrechertum fertig werden. Jetzt handelt es sich darum,

durch tatkräftige Unterstützung der Berliner Kohrleger schon jetzt den verbündeten Unternehmern und Sozialfaschisten eine Niederlage beizufügen.

Arbeiter Deutschlands! Setzt alle Kräfte ein, sammelt für die streikenden Kohrleger! Brandmarkt überall die Streikbrecher und verhindert durch Aufklärung, daß Ununterrichtete nach Berlin vermittelt werden.

Und nicht zuletzt: Verstärkt den Kampf gegen die sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie!

Schulreaktion in Preußen

Nach mehr als dreimonatigen Sommerferien ist der Landtag am Dienstag wieder zusammengetreten.

Vor Eintritt in die Tagesordnung unternahm der Deutschnationale Vork den Versuch, ein Ablehnungsmandat für seine am Sklarek-Sumpf am stärksten beteiligte Partei einzuleiten, indem er einen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur „Prüfung der Sklarek-Sache und der Unterlassung der Aufsichtspflicht seitens des Innenministers“ einbrachte. Die Verhandlung des Antrags scheiterte aber vorläufig dadurch, daß von den Sozialdemokraten Widerspruch erhoben wurde. Dagegen wurde auf Antrag der Kommunisten beschlossen, zum

Kampf der Schwartbuder Bauern gegen Jösebant und abligen Grundbesitzer Graf von Hessestein die gemeinsam eine Anzahl schleswig-holsteinischer Bauern bzw. Kätner von ihrer Scholle vertreiben wollen, Stellung zu nehmen. Die diesbezüglichen Anträge der Kommunisten wurden als letzter Punkt auf die Tagesordnung gesetzt.

Unter den dann zur Debatte stehenden Gesetzentwürfen und Ausführbereichen war der Bericht des Unterrichtsausschusses über die Anstellung von Dozentinnen an den pädagogischen Akademien, und der kommunistische Antrag auf Angliederung dieser Akademien an die Universitäten unter Entkleidung ihres konfessionellen und simultanen Charakters von besonderem Interesse.

Genosse Kerff begründete die kommunistischen Forderungen nach Vereinheitlichung und Weltlichkeit der Lehrerbildung bzw. Angliederung der pädagogischen Akademien an die Universitäten auf dieser Grundlage unter heftigen Angriffen auf die Lehrerbildungspolitik der preussischen Kultusverwaltung. Durch die Ablehnung der kommunistischen Forderungen wird vor der Arbeiterschaft und Lehrerschaft festgestellt, daß preussisches

Jenes Maß, das mit dem Unternehmertum zusammenarbeitet, um zu verhindern, daß kämpfende Arbeiter einige Pfennige Lohn mehr erhalten können, muß aus der Arbeiterbewegung ausgestoßen werden. Der sozialfaschistische Gewerkschaftsbürokratie muß das schmutzige Handwerk der Streikbrecher-Bermittlung gelegt werden, gegen sie gilt es, alle ehrlichen, klassenbewußten Proletarier in der roten Front zu sammeln. Arbeiter, erkennt, was auf dem Spiel steht!

Unterstützt die kämpfenden Berliner Kohrleger!

„Austro-margittische“ Politik stärkt den Faschismus

Das Ergebnis der österreichischen Soldatenratswahlen. Am Wien, 17. Oktober. Am Mittwoch fand im Bundeshaushof die Wahl der Soldatenräte statt. Die Wahl ergab eine Niederlage des sozialdemokratischen Wehrverbandes. Von 10 930 Wahlberechtigten stimmten 13 084 für den Christlichen Wehrbund, 890 für die Deutsche Soldatengewerkschaft und 8324 für den sozialdemokratischen Wehrverband. Auf die beiden ersten Verbände entfielen 261 Mandate, auf die Sozialdemokraten 25 Mandate. Im Jahre 1922 hatten die Sozialdemokraten noch 98 v. H. der Mandate inne. Seit diesem Jahre war die Zahl der Mandate, die auf die Gegner der Sozialdemokratie entfielen, in ständigem Steigen. Im Jahre 1924 erreichten sie 11 v. H., im Jahre 1925 16 v. H., im Jahre 1926 24 v. H., 1927 63 v. H., 1928 78 v. H. und in diesem Jahre 90 v. H. der Mandate.

Surchtbare Mißhandlungen gefangener Sowjetbürger

Flüchtlinge, die aus der Mandchurien in Chabarowst eingetroffen sind, bestätigen die Erschießung mehrerer Staatsbürger der Sowjetunion im Auftrage Tschanghuellangs; diese Staatsbürger gehörten zu jenen, die im Zusammenhange mit dem Anschlag auf den Spion Schischkin verhaftet worden waren.

Der Angestellte der Jernost-Bank, Denissow, bezeugt die brutale Behandlung der Gefangenen auf der Polizei, von denen er folgenden Brief erhalten hatte:

„Wir werden täglich mit Bambusrohren geschlagen. Bitte übergebt den Brief dem deutschen Konsul, damit er Maßnahmen treffe, um uns gegen die Folterungen zu schützen.“

Der Brief wurde dem Konsul übergeben, und drei Tage darauf wurden die Gefangenen nach Sumpel übergeführt. Alle waren schwer mitgenommen, und manche mußten von der Polizei geführt werden, da sie ohne Hilfe nicht gehen konnten. Der Staatsbürger der Sowjetunion, Dschifko, wurde so brutal geschlagen, daß sein Trommelfell platzte und die Lungen beschädigt wurden.

Zugenauslagen bestätigen das Verschwinden von Staatsbürgern der Sowjetunion sowohl aus Sumpel wie auch aus den Reihen jener, die an der Wahnstrecke verhaftet worden waren. Die hingerichteten Staatsbürger der Sowjetunion wurden von der chinesischen Polizei insgeheim hinter dem Friedhof verscharrt.

Die Grausamkeiten der Polizei und Militärs an der Ostchabarow sind unbeschreiblich. Verhaftete Frauen wurden bis zur Bewußtlosigkeit geschlagen. Die Brutalität der Weichgardisten ist derart, daß sogar die chinesische Polizei sich schauernd abwendet.

Nach den letzten Nachrichten beträgt die Anzahl der Verhafteten mehr als 3000. Die Verhaftungen werden weiter fortgesetzt.

Japan bestätigt die Ermordung von Sowjetbürgern

Moskau, 16. Oktober. (Eigener Bericht.) Das in Dairen erscheinende japanische Blatt „Mandschuria Daily News“ reproduziert Photographien von Leichnamen der in Chabrin ermordeten Sowjetbürger. Die Aufnahmen, auf denen verstümmelte Leiden abgebildet sind, haben in den Auslandskreisen in der Mandchurien großen Eindruck gemacht. Unter den chinesischen Studenten des Chabrin Polytechnikums wurden angeichts ihrer Weigerung, den freiwilligen Todesbataillonen beizutreten, Verhaftungen vorgenommen.

Kultusministerium, Regierung und Regierungsparteien nichts von der Vereinfachung der Lehrerbildung wissen wollen. Die kommunistischen Anträge verliefen der Ablehnung.

Ein weiterer vorliegender Antrag des Hauptauschusses, der die Mädchenbildung und -erziehung in der Volksschule vorwiegend in die Hände von Frauen gelegt wissen will, wurde ebenfalls durch Genossen Kerff in seinem reaktionären Charakter gekennzeichnet. Wenn der Antrag auch der Ablehnung verfiel, so nur darum, weil die preussische Kultusverwaltung nicht durch die Annahme eines solch reaktionären Antrages die von ihr angewandte Praxis und Grundzüge aufdecken lassen will. Die Forderungen der Rechtsparteien, wie auch die der preussischen Koalitionsparteien zur Verstärkung des weiblichen Einflusses in der Schule treffen sich auf der gemeinsamen Linie, speziell in der Mädchenbildung die Einflüsse der Lehrerinnen bzw. der Frauen zu stärken und sicherzustellen. Diese reaktionäre Lösung machen die Kommunisten nicht mit, zumal keine gemeinsame Erziehung und Unterrichtung von Knaben und Mädchen in den Volksschulen gegeben ist, und das Gesamtziel der Erziehung keineswegs die völlige allseitige Gleichberechtigung von Mann und Frau ist. Von dieser Gleichberechtigung kann und will allerdings die kapitalistische Gesellschaftsordnung im allgemeinen und in der Erziehung und Bildung insbesondere nichts wissen, woraus sich für die Kommunisten die entscheidende Ablehnung dieses kulturreaktionären Antrages ergibt.

Den Erlaß, der den Beamten und Lehrern auch außerhalb des Dienstes das Recht auf politische Meinungsäußerung nimmt, brandmarkte Genosse Kuslänber als Ableger des Republikstufengesetzes, dazu bestimmt, den Beamten und Lehrern reiflos staatshörig zu machen.

Natürlich stimmte die schwarzgoldene Koalition für Aufrechterhaltung dieses Erlasses zur politischen Entmündigung der Lehrerschaft. Es folgte dann die Beratung des Gesetzes über die preussische Staatsbank.

Breslauer Nachrichten Wählerlisten einsehen!

Wir veröffentlichen r 4 - c die Auslageliste der Wählerlisten. Es ist unbedingt notwendig, daß unsere Leser diese sofort aufsuchen und sich überzeugen, ob sie in der Wählerliste stehen. Bei den Wahlen im Jahre 1924 haben nur rund 82 Prozent der Wahlberechtigten, im Jahre 1928 gar nur 27 Prozent die Listen eingesehen. Es hat das dann dazu geführt, daß oftmals erst während der Wahl Fehler festgestellt wurden, die dann aber nicht mehr berichtigt wurden, so daß der Betroffene Wähler seines Wahlrechtes verlustig ging. Die Aufforderung, die Listen einzusehen, gilt selbstverständlich auch für die Bewohner der eingemeindeten Teile von Wolschitz, Oltaschin, Wilhelmstsch, Gimpel, Gräniche, Barheln und Bischofswalde.

Sonntag wieder Sprechproben

Kommenden Sonntag, den 20. Oktober, findet die zweite Probe des neuen Sprechers der „Ja“ statt. Die am vergangenen Sonntag erzielte erste Zusammenkunft hat ein gutes Ergebnis gezeigt. Es dürfte schon in kürzester Zeit möglich sein, selbst mit den Kräftigen, die sich bisher gemeldet haben, einen leistungsfähigen Sprechchor aufzustellen. Doch besteht für Interessenten noch die Möglichkeit, ihre Anmeldung für den Chor — der, wie bereits mitgeteilt, unter Leitung bewährter Schauspielergenossen steht — nachzuholen. Um eine Teilnahme auch jenen Genossen und Genossinnen zu ermöglichen, die am Samstag mit anderen, gerade in der Wahlzeit, zahlreichen Arbeiten beschäftigt sind, ist die nächste Probe auf **sonntag 15 Uhr** (wieder im „Artilas-Garten“, Neue Gasse 25) angesetzt. Die „Ja“ ersucht alle Freunde ihrer Bekräftigungen, die zu einer ersten, ausdauernden Arbeit bereit sind, zu erscheinen. Spätestens nach der dritten Probe soll dann die organisatorische Formung des Sprechchors erfolgen, indem diejenigen, die sich für die Sprechchorarbeit verpflichten, zu einer festen Mitglieder-gemeinschaft zusammengeschlossen werden.

Massen heraus zu den antifaschistischen Kundgebungen

Dittersbach: Freitag, den 18. Oktober, 19 Uhr im Lokal „Friedenshoffnung“. Referent: Genosse Kellermann, Thüringen.

Weißlein: Sonnabend, den 19. Oktober, 19.30 Uhr im Lokal „Deutsches Haus“. Referent: Genosse Kellermann.

Nieder-Salzbrunn: Sonnabend, den 19. Oktober, 19 Uhr Lokal „Biehrug“. Referent: Genosse Bollweber, Mbz.

Lehmwasser: Sonntag, den 20. Oktober, vormittags 9 Uhr im Lokal „Drechslergrund“. Referent: Genosse Müller, Gottesberg.

Gottesberg: Sonntag, den 20. Oktober, 14 Uhr im Lokal „Schwarzes Roß“. Referent: Genosse Franz, Waldburg.

Waldburg: Dienstag, den 22. Oktober, 19.30 Uhr im Lokal „Stadtbrauerei“. Referent: Stadtverordneter Genosse Malzer.

Altwasser: Mittwoch, den 23. Oktober, 19.30 Uhr im Lokal „Weißes Roß“. Ref.: Genosse Rich. Schulz.

Nieder-Hermshorst: Donnerstag, den 24. Oktober, 19.30 Uhr im Lokal „Friedenshoffnung“. Referent: Genosse Bollweber, Mbz.

Kommunistische Partei, Unterbezirk Waldburg.

Führerkonferenz des Unterbezirks Waldburg

Am Sonntag, dem 20. Oktober, 19.30 Uhr findet in Waldburg, Lokal zum „Edelstein“, eine Konferenz aller Pol. und Org.-Leiter sowie der Mitglieder der Unterbezirksleitung statt. Tagesordnung: „Besprechung unserer weiteren Arbeiten und Entgegennahme neuer Instruktionen.“ Vertreter dürfen nur in den äußersten Fällen entsandt werden. Die in Frage kommenden Genossen haben bei dieser wichtigen Konferenz selbst zu erscheinen. — Unterbezirksleitung Waldburg.

Mittelschlesien Roter Tag in Dels!

Am Sonntag, dem 20. Oktober, alles heraus zu unserer Kundgebung, 9 Uhr: Werden für Partei und Presse; 11—12 Uhr: Platzkonzert auf dem Ring (Breslauer Schalmelentafel); 13 Uhr: Antritt zur Demonstration, Marktstraße; 18.30 Uhr: Anmarsch durch die Radph. Garten, Bahnhof- und Ohlauer Straße nach dem Ring. Dort Ansprache eines Breslauer Genossen und Anmarsch nach dem „Rufarten“. Im „Rufarten“ Veranstaltungen der Breslauer Jugend und Kindergruppen. Jeder Arbeiter wirkt zu dieser Kundgebung. Genossen und Sympathisierende bitten wir um Bereitstellen von Mittageßen.

Unser Anmarsch soll wichtig sein. Genossen und Sympathisierende, beteiligt euch an der Kundgebung, am Sonntag, dem 20. Oktober. Breslauer und revolutionäre Arbeiter des Unterbezirks Dels bitten wir um zahlreiche Unterstützung. Dels ist eine Hochburg der Monarchisten und Sozialfaschisten; eure Unterstützung erleichtert uns den Kampf!

Der fluchwürdige § 218

Kurz nach der Geburt steckte eine Hausangestellte in D r i e g ihr uneheliches Kind in das im glühendem Papier angefüllte Ofenloch. Als das Kind erstickt war, vergarb sie es im Garten. Die Leiche wurde wieder ausgegeben und gerichtsärztlich obduziert.

Blutige Schlägerei auf dem Streifen am Rummelpfad

Uns wird geschrieben: Der Artist einer Schaubude führte an einem der letzten Abende einige Kräftigkeitsübungen dem Publikum vor; dabei behauptete er, mit der Faust einen 1 1/2 Pfündigen Granitstein zerbrechen zu können. Ein Zuschauer machte dazu die harmlose Bemerkung: „Wenn Du so stark bist, dann kannst Du in den Steinbruch kommen und die Bierzöllerplatten zerbrechen, da brauchen wir keinen Hammer mehr.“ Auf diese Bemerkung hin warf der Artist dem Arbeiter den 1 1/2 Pfündigen Stein ins Gesicht, daß er sofort über und über blutete. Zwei Arbeiter ergriffen für ihren geschlagenen Kollegen Partei und im selben Augenblick war eine schlimme Schlägerei im Gange. Die Gehilfen des Schauspielers, vier Mann, drangen mit Taschen und Stahlschienen auf die wehrlosen Arbeiter ein. Diese setzten sich aber zur Wehr und verdrängten ihren Gegnern eine gehörige Tracht Prügel. Die ganze Schaul an dem Vorfall trägt der Artist. Wir glauben kaum, daß die Zuschauer an solchen „Belustigungen“ seitens der Schausteller gefallen finden werden.

Auslösung neuer Wirtschaftskämpfe!

Vorbereitung der Betriebsräte-wahlen!
Darüber beraten am

Sonntag in Königszeit in der „Preussischen Krone“

die Vertreter der revolutionären Gewerkschaftsopposition Schlesiens. Alle wichtigen Orte und Industrien müssen vertreten sein
Beginn der Tagung 9 Uhr vormittags

Genosse Peter-Berlin, früherer Betriebsrat der Verkehrs-A-G. Berlin spricht über „Gewerkschaftskongress und Betriebsarbeit“

Gegen üblen Mundgeruch. „Ich will nicht veräppeln, Ihnen Mitteilung zu machen, daß ich seit dem Gebrauch Ihrer Zahnpaste „Chlorodont“ nicht nur meine weißen Zähne besser, sondern auch den bei mir sonst üblen Mundgeruch verloren habe. Ich werde Ihre „Chlorodont“ auf bester Empfehlung. Bez. E. G., Mainz.“ — Ueberzeugen Sie sich zuerst durch den Kauf einer Tube zu 60 Pf., große Tube 1 Mark. Chlorodont-Zahnbürsten 1,25 Mk., für Kinder 70 Pf. Chlorodont-Mundwasser 1,25 Mk. Zu haben in allen Chlorodont-Verkaufsstellen.

Wahung an die sämigen Ortsgruppen!

Alle Ortsgruppen, die für den Monat September noch nicht abgerechnet bzw. Geld überwiesen haben, müssen das Verkommte sofort nachholen. Die Aufgaben, die vor der Partei stehen, erfordern große finanzielle Mittel. Restlose und pünktliche Abrechnung, erhebliche Verstärkung der Sammelaktion für den Wahlsatz und sofortige Abführung der gesammelten Beträge sind eine unerlässliche Voraussetzung für die Finanzierung unserer Arbeiten. Schafft Munition für den Kampf der Partei gegen das korrupte Faschistengefindel aller Schattierungen!

Arbetersport

Freie Turnerschaft, 7. Abteilung. Freitag, nach der Vollversammlung, Handballerführung der ersten Mannschaft.

USA, Rapid, Sonntag 10 Uhr Vorstandssitzung im Vereinslokal; Jugendmitglieder werden in unserem Verein noch aufgenommen. Vereinsabend jeden Freitag 20 Uhr bei Scholz, Weiskburger Str. 17.

BSB, Ostsch, Freitag außerordentliche Vollversammlung im Vereinslokal.

Wst. Herrmannsdorf, Vereinsführung diesmal Sonnabend um 10.30 Uhr.

BSB, Bormärts, Freitag 20 Uhr außerordentliche Vollversammlung im Vereinslokal bei Dittner, Uferstraße 20.

Fußball-Vereinigung. Das Spiel der Freien Sportfreunde I gegen Rapid I beginnt um 16 Uhr, nicht um 13 Uhr. W. L. Jgd. gegen West 1. Jgd. ist wegen Platzschwierigkeiten auf 16 Uhr verlegt. Die Spiele W. L. 2. Jgd. — Südost 2. Jgd. und Union 2. Jgd. gegen West 2. Jgd. fallen aus.

Handball. Das Spiel FSB, Sportlerinnen — Deutsch-Olsa Sportlerinnen beginnt bereits um 14 Uhr im Bebelpark.

Freie Turnerschaft. Alle Abteilungsleiter, die ihre Fallensrechnungen noch nicht abgegeben haben, senden dieselben sofort an Abg. Wuttsche.

Versammlungskalender

Parteiveranstaltungen
Görsberg. Freitag 20 Uhr im „Goldenen Kriechen“ Mittelbeerbekämpfung. Der nächsten Tagordnung wegen haben sämtliche Mitglieder zu erscheinen; ohne Entschuldigung darf niemand fehlen. Streben. Freitag 19 Uhr bei W. L. 2. Jgd. Mittelbeerbekämpfung. Sämtliche Genossen und Genossinnen haben zu erscheinen.

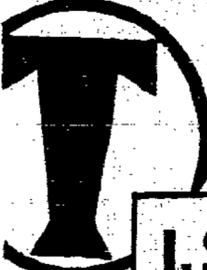
Kommunistischer Jugendverband
Breslau
— Alle Genossen und Genossinnen, die auf dem Weg nach Dels fahren, treffen sich Sonntag früh 16 Uhr in der „Stadt Kamrau“, Marktstraße 212. Unterbezirk Waldburg: Am Sonntag 9 Uhr findet die Kreismitgliederbesprechung in dem durch Mundschreibchen festgelegten bekannten Orte statt. Alle Mitglieder haben zu erscheinen.
Jung-Spartakus-Bund.

Breslau
— Rote Pianiere. Freitag 16 Uhr Probe.
Sonstige Organisationen

Breslau
— Gefangenenchor „Cos“, Gemütskr. Chor. Alle Gefangenengenossen und Gefangenengenossinnen haben am Freitag 20 Uhr im „Ruten Löwen“, Appelerstraße, zu erscheinen.
— Musikverein „Fortschritt“, Treffpunkt 10 Uhr mit Instrumenten im „Haller Heim“, Leubentzange.

(Schluß des redaktionellen Teils.)

Wieviel Eimer Wasser enthält ihr Waschtisch? Das ist eine Frage, auf die nicht immer gleich die richtige Antwort gegeben werden kann. Die Hausfrau hat es wohl im „Gefühl“, wieviel Wasser sie nehmen muß, und bemißt danach — meist auch nach Gutdünken — die Menge Perfil. Wenn man aber bedenkt, wie außerordentlich wichtig es für ein wirtschaftliches Waschen ist, die Waschlauge in der richtigen Zusammensetzung zu bereiten, kann sollte sich jede Hausfrau einmal die kleine Mühe machen, den Wassergehalt ihres Waschtischs zu ermitteln. Man fällt hierzu den Reisschleimer auf gut halb voll und hat dann ein für allemal die denkbar leichteste Einstellung. Auf je drei Eimer Wasser kommt ein Palet Perfil. Ein Waschtisch also, der — gut zur Hälfte gefüllt — sechs normalgroße Eimer Wasser faßt, erfordert bei Bereitung der Lauge zwei Palet Perfil.

			
I. Schlager	II. Schlager	III. Schlager	IV. Schlager
Herren-Ulster Diese Ulster aus guten rosenholz- u. blaugrauen Ulsterstoffen, auf gesteppter Kunstseide gearbeitet, kosten nur	Herren-Ulster Diese Ulster aus schweren grünlichen u. bräunlichen Ulsterstoffen, auf gesteppter Kunstseide gearb., kosten nur	Herren-Ulster Diese Ulster, aus apart gemusterten, schweren Ulsterstoffen, auf gesteppter Kunstseide gearbeitet, kosten nur	Herren-Ulster Diese Ulster, aus erstklassigen Ulsterstoffen, zum Teil Modalkonfektion, kosten nur
Paletots Diese marango Paletots auf gesteppter Kunstseide gearbeitet, in zweireih. Form, mit Samtkragen, kosten nur	Paletots Diese marango Paletots auf gesteppter Kunstseide gearbeitet, zweireihig, mit Samtkragen, kosten nur	Paletots Diese Paletots, in schwarz u. marango, auf gesteppter Kunstseide gearbeitet, in zweireihiger Form, mit Samtkragen kosten nur.....	Paletots Diese Paletots, aus feinen Meltonstoffen, mit Samtkragen, in eleganter Verarbeitung, kosten nur
Anzüge Diese Anzüge aus farbig. u. blauen Kammgarnstoffen, zum Teil auf Kunstseide gearbeitet, kosten	Anzüge Diese Anzüge aus farbigem u. blauem Kammgarn, zum Teil auf Kunstseide gearbeitet, kosten	Anzüge Diese Anzüge, aus fe. Kammgarnstoffen, auf Kunstseide, gearbeitet, in elegantem Sit, kosten	Anzüge Diese Anzüge, aus prima Kammgarnstoffen, in blau u. farbig, kosten
48.-	58.-	68.-	98.-
HETZ	HETZ	HETZ	HETZ
Breslau, Ohlauer Straße 71-73	Breslau, Ohlauer Straße 71-73	Breslau, Ohlauer Straße 71-73	Breslau, Ohlauer Straße 71-73

Christian Heuck

der nach vieljähriger Zuchthausstrafe durch die letzte Amnestie betriebe „Breslauer Tschekaführer“, spricht **Freitag, 20 Uhr, in Hoffmanns Festklein, Pöpelwitzstr.**

spricht heute Freitag

über: Die Bombenattentate in Schleswig und die Justiz

Stellplätze zum geschlossenen Anmarsch: **West**, Anglerhelm, Leuthensstraße; **Zentrum**, Arndt, Meiergasse; **Nord**, Matthiasplatz; **Nordost**, Laurensiusplatz; **Ost**, Brockauer Platz; **Süd**, An den Teichböckern. Anmarsch überall pünktlich **10 Uhr**. Breslauer Arbeiter und Arbeiterinnen! Erscheint recht zahlreich! **Kartell Breslau der Antfaschistischen Arbeiterwehren + Kommunistische Partei, Ostpr. Breslau**

Aus der Breslauer Stadtverordnetenversammlung

Korruption, Klientelwirtschaft, Unfähigkeit

Der Magistrat auf der Anlagebau

Die gestrige Stadtverordnetenversammlung war von einigen großen Debatten um wichtige Vorlagen beherrscht, während die kleineren Sachen meist bedachtlos erledigt wurden und demzufolge mehr als sonst in den Hintergrund traten.

Der Magistrat befand sich gestern in einer für ihn sicher sehr unangenehmen Situation. Es hagelte nur so von Angriffen gegen den Gesamtmagistrat oder einzelne seiner Mitglieder. Aus Rücksicht machten sowohl die Sozialdemokraten als auch die Bürgerlichen mit. Was tut man nicht alles, wenn es zum Stimmensang geht!

Eine noch besonders zu beachtende Rolle spielte bei diesen Debatten der Oberbürgermeister Dr. Wagner. Gegenüber den sozialdemokratischen und bürgerlichen „Angriffen“ — in konstantem Ton vorgelesen und immer die Entschuldigung „Nehmen Sie es nicht zu tragisch, wir müssen wegen unserer Wähler mit“, durchblenden lassend — blieb er, da er sie selbst nicht ernst nahm, gelassen lächelnd ruhig. Als aber der kommunistische Stadtverordnete Genosse Dombrowski auf die grundsätzliche Seite der Zustände im Magistrat und des Verhaltens des Oberbürgermeisters einging und erklärte, die Kommunisten seien nicht nur in weltanschaulicher, politischer Hinsicht Gegner des Oberbürgermeisters, sondern auch wegen seiner persönlichen vollkommenen Unzulänglichkeit würde das kleine Männchen, dessen Befähigung durch uns bisher zu einem Teil durch Mitleid gemildert war, suchstetenswilt. Während mit puterrottem Kopf sprang er auf, tobte und schrie, „Die Kommunisten verkünden von der Magistratsarbeit nichts“, „Bei ihm sei es nicht so wie in Moskau!“ „er sei preußischer Beamter und gehorche selbstverständlich den Ministern“ usw., und setzte sich dann nach diesen, mit dreißigen persönlichen Bemerkungen noch „gewürzten“ Argumenten mit einem so selbstgefälligen, kindlichen Lächeln, daß man diesen „Oberbürgermeister“ unwillkürlich mit einem kleinen Jungen verglich, der Hause bekommen hat und sich nun in ohnmächtiger Wut dadurch revanchiert, daß er hinterwärts mit Sand schmeißt. — Das gestrige Auftreten des Oberbürgermeisters wird uns natürlich erst recht Veranlassung sein,

uns mit ihm und seinem vollkommenen Versagen auseinanderzusetzen.

Welche tolle Zustände unter der Oberaufsicht des Herrn Wagner in Breslau eingetreten sind, bewies die späte Beantwortung einer seit Monaten auf der Tagesordnung stehenden Anfrage, die Unterschlagungen des städtischen Oberförsters Hauff betreffend. Der SPD-Stadtrat Wohlweber mußte zugeben,

daß dieser Hauff circa 18 000 Mark unterschlagen hat, von denen aber angeblich nur 16 500 „nachgewiesen“ werden können. Hauff habe, obwohl das ausdrücklich verboten sei, Holz freihändig verkauft. Seit Jahren wurden mit Namensunterschrift verschiedene Anträge gegen Hauff an den Magistrat gerichtet, der sie aber an Hauff (II) weitergab, damit er sich zu ihnen „äußere“ (III). Die Folge war, daß Hauff die Anträge, Landwirte usw., offen schikanierete, mit dem Erfolg, daß nur noch anonyme Anzeigen kamen, da keiner es mehr wagte, einem derart unverantwortlich handelnden Magistrat Mitteilungen über Verräterei zu machen. Ja, es kam noch toller. Mit der „Aufklärung“ der gegen Hauff gerichteten Angriffe wurde der Förster Bunte beauftragt,

Dieser Bunte war an den Veruntreuungen beteiligt. Auch er hatte mit persönlichem Nutzen freihändig Holz verkauft, ja sogar Beiträge der Waldarbeiter zur Krankenkasse und Invalidenversicherung jahrelang nicht abgeführt. Der Förster Noak hat Krankenkassen- und Invalidenversicherungsbeiträge direkt unterschlagen. Einem vierten Beteiligten, Förster Groß, sei angeblich trotz Vermutungen nichts nachzuweisen. Die Verleumdungen des Stadtrats, „es sei vorgesorgt, daß sich Ähnliches nicht wiederhole“, sollten diese stinkende und mehr durch Unvorsichtigkeit als Absicht gebildete Korruptionskonzepte schnell wieder zudecken. Trotzdem haben die kurzen und keineswegs alles mittelbaren Eingeständnisse des Stadtrats Wohlweber bewiesen, wie recht die kommunistische Fraktion hatte, als sie in der letzten Sitzung verlangte, daß einmal die Breslauer städtische Verwaltung daraufhin kontrolliert werden müßte,

wieweit auch in Breslau G. L. a. r. l. - J. u. s. t. a. n. b. e. bestehen.

Ein Vorpostengebiet um die „Buna“ war die Behandlung des von uns bereits veröffentlichten Schreibens der Messgesellschaft, wonach diese es ablehne, die eingegangene Verpflichtung einzulösen, 50 000 Mark vom „Buna“-Beitrag zu übernehmen. Tatsächlich hätte die Messgesellschaft, selbst, wenn sie diese 50 000 Mark tragen würde, noch an der „Buna“ verdient. Denn sie hat von der Stadt für die Durchführung der „Buna“ (als deren formelle Veranlasserin sie galt) folgende Summen bekommen:

75 000 Mark für Bühne und Bühnen, 20 000 Mark für Bühnenbedürfnisse, 60 000 Mark für Mieten.

Tatsächlich ist nur ein Teil dieses Geldes für die „Buna“ verwendet worden. Genosse Dombrowski prangerte das Verhalten der Messgesellschaft und ihres Direktors, des demokratischen Stadtverordneten Wolff, an. Es müsse schnellstens Schluß gemacht werden mit der Verquickung von Politik und Geschäft. Deshalb habe die kommunistische Fraktion den Antrag eingebracht, die Messgesellschaft aufzulösen, die es augenscheinlich als ihre Aufgabe betrachte, den Schaden der Stadt Breslau zu vermehren. Die SPD, der die Behandlung der „Buna“ in öffentlicher Sitzung höchst peinlich war, beantragte Ausschußbeweisung, die mit Mehrheit beschlossen wurde. Ständisch verhielt sich der Magistrat zu einer Anfrage, die „Buna“-Abrechnung betreffend. Der Oberbürgermeister erklärte, zur Beantwortung der Anfrage „noch nicht in der Lage zu sein“. Das heißt also, daß unsere (von der „Volksmacht“ heftig angegriffene) Behauptung,

Magistrat und SPD-Fraktion wollen gemeinsam vor den Wahlen verhindern, daß über die „Buna“-Wette gesprochen wird,

bereits Tatsache geworden ist. Wer weiß, mit welchen Kullreden man in der nächsten, letzten, Sitzung noch kommen wird!

Zu lebhaften Auseinandersetzungen führte eine Magistratsvorlage, die nachträgliche Bewilligung von Ausgabenüberschreitungen in Höhe von einer Viertel Million verlangte. Genosse Adelt erklärte zu dem Antrage, die ganze Angelegenheit dem Ausschuß zu überweisen, daß das nichts nützen werde. Die Ausschußberatung soll nur beschleppend ändern werde sie an den bisherigen Zuständen nichts. Wenn die Kommunisten Anträge für Erwerbslose und Wohlfahrtsunterstützungsempfänger stellen, schreie man immer fort: Wo bleibt die Deckung? Hier aber überschreite man ohne Genehmigung und man frage nicht nach der Deckung. Man wolle nur möglichst schnell über diese Dinge hinweggehen, damit sie vor den Wahlen nicht zu viel Staub auf-

Beugen Sie vor!



Jetzt kommen die Tage mit dem häßlichen, unbeständigen Wetter, bei dem man sich nur allzu leicht eine Erkältung wegholt.

Beugen Sie dem vor — ziehen Sie sich warm und zweckmäßig an.

Durch einen großzügigen Extra-Verkauf unserer Abteilungen

**Trikotagen
Handschuhe
Strümpfe usw.**

wollen wir Ihnen dazu verhelfen, daß Sie all diese Dinge zu wirklich ganz ungewöhnlich niedrigen Preisen

Jetzt bei uns kaufen können.

Machen Sie davon Gebrauch



Einsatzhemden

Baumwolltrikot, gute, haltbare Qualitäten, moderne Rips- und Trikoline-Einsätze, weiß und makofarbig, Gr. 4 3.50, 2.65

175

Herrn-Hemden

mit Doppelbrust, prima wollgemischt . . . Gr. 4 3.30, 2.65

195

Beinkleider

dazu passend, Gr. 4 3.30, 2.65

175

Damen-Schlüpfer

mit angeraumtem Futter oder kunstseidener Decke mit Futter, gute Passform, moderne Farben, Gr. 42-48 . . . Gr. 42 2.65, 1.75

095

Damen-Hemdchosen

aus feingewirkter Baumwolle, oder echt ägyptisch Mako, Bein- und Wadelform, weiß u. farbig, Gr. 42-48 . . . Gr. 42 2.65, 1.75

090

Kinder-Schlüpfer

mit angeraumtem Futter oder kunstseidener Decke mit Futter, guter Sitz, moderne Farben, kleinste Größe . . . 1.30, 0.85

045

Unterzieh-Schlüpfer

aus feingewirkter Baumwolle, echt ägyptisch Mako oder Vistra Kunstseide, alle Größen . . . 1.75, 1.20

055

Herrn-Handschuhe

Wildleder-imitation, angeraumt oder mit Wollfutter, haltbare Qualitäten, dunkle Farben . . . 3.50, 2.65

145

Damen-Strickhandschuhe

Reine Wolle, auf und ausgearbeitet mit breitem Wellrand, alle Modifarben . . . 2.35, 2.25

175

Damen-Handschuhe

Wildleder-imitation, Schlingform, elegante Ausführung, gelb, beige, grau 2.65, 2.35

175

Strickhandschuhe

für Kinder, Reine Wolle, bunt gemischt, alle Modifarben 1.95, 1.45

085

Unterziehstrümpfe

fleischfarbig, Reine Wolle 1.45, Baumwolle . . .

065

Damen-Strümpfe

Reine Wolle, schwarz und mod. Farben . . . 2.90

190

Damen-Strümpfe

Edeiflor m. Seide plattiert 2.90

190

Herrn-Socken

Reine Wolle, gestrikt, grau u. mode . . . 1.45

095

Herrn-Socken

Reine Wolle, mod. Jacquardmuster . . . 1.90

145

Mitglied der Kreditbank G.m.b.H., Ostpr. Nr. 67, Kaptain

Rudolf Letersdorff

BRESLAU - OHLAUER STRASSE - SCHUHBRÜCKE

Wirbeln. Die Kommunisten werden das verhindern. Die Absichten der Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung offenbart unversehrterweise die (S. 1), der erklärt, er habe sich die Staatsüberprüfungen angesehen, sie würden unter die „Amnistie“ fallen. Das heißt also, es bleibt beim Alten.

Schließlich werden noch eine Anzahl Dreiwöchentlichkeitsanträge behandelt. Von der SPD bis zu dem Domkapitular Seydel werden 2000 Mark für eine von der (bürgerlichen) Friedensgesellschaft, der Frauengruppe der Demokratischen (Grünen und Gelben) Partei usw. veranstaltete „Mehrwöcher-Regen-Anstellung“ bewilligt. Die Kommunisten erklären, diesem Antrage nicht zustimmen zu können, da die veranstaltenden Organisationen nicht die Ursache des imperialistischen Krieges, den Kapitalismus, und die Mittel, ihn zu bekämpfen, die proletarische Revolution, aufzulösen werden.

Die Aufgabe der genannten Organisationen ist, Missionen zu ernennt, die trocknen Verhältnisse zu verschleiern; ihre Mitglieder sind es, die in der Praxis den neuen Krieg vorbereiten (Kurs: Panzerkreuzer!) und nur zur Einlösung der Massen-Friedensphrasen heucheln.

Wohi die längste Debatte entspinnt sich um den Bau des Hochhauses am Ring. Eine sozialdemokratische Anfrage liegt vor, warum der Abbruch des alten Hauses und damit der Bau des neuen ins Stocken geraten ist. Unabwiesbar wird festgestellt, daß es sich hier, trotz Magistratsbeschlüssen, um eine Sabotagemahnahme des Stadtbaurats Behrendt handele. Genosse Dombrowski erklärt offen:

„Alle dieses Trauerspiel (600 Maurer, circa 2000 Bauarbeiter könnten während des Hochsommers keine Arbeit finden!) seien zünftlerische Gründe maßgebend gewesen.“

Man wollte nicht, daß der Architekt Kuhn, der kein Akademiker ist, den Bau ausführe. Von Magistratsseite wird die Schuld an dem Bau dem preussischen Wohlfahrtsminister zugeschoben, der Hochhäuser besonders genehmigen müsse und dies für das Ringhaus, in das die Spargasse kommen soll, abgelehnt habe. (Weil der Stadtbaurat dabei gegen ist. — Die Red.)

Den Abschluß der Sitzung bildet eine sozialdemokratische Anfrage, das Eugenbergs-Begehren betreffend. Genosse Dombrowski wiederholt hierzu die schon in der „Arbeiter-Zeitung“ festgestellte Tatsache, daß das Zusammenlegen der Wählerlisten und der Eintragungslisten für den schwarzweißen Klamau eine amtliche Unterstützung der Faschisten bedeutet. Die Antwort des Magistratsvertreters, ausgerechnet des deutschnationalen Stadtrats Tschler, ist eine Verhöhnung der Sozialdemokraten, die sie noch mit vielen Büdingen entgegennehmen.

Im übrigen erledigte die Sitzung noch die Entgegennahme des Stadtratsbeschlusses für 1928, der 5 539 000 Mark Defizit bringt.

Stadtrat Ammon aus der Partei ausgeföhren

Die vielen politischen Versetzungen, die sich Ammon in den letzten Monaten gegenüber den Anordnungen und Richtlinien der Partei zuzuschreiben kommen ließ, waren die Veranlassung dazu, Ammon von seinem Posten als Stadtrat, auf den ihn die Partei gestellt hatte, abzuführen. Die Nichtbeachtung und Umgehung der Anweisungen und Beschlüsse der Partei, in einer Periode, in der sich die Klassengegensätze zwischen Bourgeoisie und Proletariat dauernd verschärfen, waren auch die Ursache, daß Ammon in seiner Eigenschaft als Stadtrat und als Angehöriger im Wohlfahrtsamt, immer härter in Gegensatz zu den werktätigen Massen kommen mußte, die heute zum großen Teil mehr denn je auf öffentliche Unterstützung angewiesen sind. Ammon hat durch sein Verhalten der breiten Arbeiteröffentlichkeit den Nachweis erbracht, daß er kein Kommunist ist. Seine Tätigkeit als Magistratsangehöriger vereinbarte sich nicht mit der Grundlinie der kommunistischen Partei, die besagt:

„Die Kommunalverwaltung ist ein Teil des bürgerlichen Staatsapparates, ist ein Organ der Klassenherrschaft der Bourgeoisie gegen das Proletariat. Gegenwärtig also ein Organ der Herrschaft des Dreibundes: Finanzkapital, Staatsgewalt und SPD-Willkür.“

Die Nichtanerkennung dieses Grundfahes trug dazu bei, daß er zum durchführenden Organ der Anweisungen des reaktionären Magistrats und der SPD-Bürokratie wurde. Bei Besprechung irgendwelcher Magistratsvorlagen, die sich gegen die Lebenshaltung der werktätigen Bevölkerung richteten, leistete Ammon keinerlei Widerstand. Im Gegenteil, er ging mit der SPD-Fraktion, überhaupt mit der gesamten Reaktion, besonders in den letzten Monaten, durch dick und dünn im Kampfe gegen die Abwehranträge der kommunistischen Fraktion.

In der Stadtverordnetenversammlung am Donnerstag, dem 10. Oktober, verteidigte Ammon wieder die Beschlüsse des Wohlfahrtsamtes, wonach der Stundenlohn für Pflichtarbeiter nur 20 Pfennig betragen soll. Er ist also nicht für Verringerung, sondern Vergrößerung des Massenelends. Für die Anstellung eines K.P.-Arztes, der die erwerbslosen Arbeiter gesund machen soll, damit sie zu allen möglichen Arbeiten gezwungen werden können, setzte sich Ammon ebenfalls sehr warm ein. Ammon ging sogar soweit und lieierte einen verpörfelten Proletarier der Klassenjustiz aus, der im Wohlfahrtsamt Krach gemacht hatte, weil man ihm eine Unterhukung verweigerte.

Diese Verhältnisse genügten der Bezirksleitung der SPD. vollständig, um Ammon ohne jede weitere Untersuchung das ihm von der Partei und der revolutionären Arbeitererschaft geschenkte Vertrauen zu entziehen und ihn aufzufordern, sein Stadtratsmandat niederzulegen. Ammon ist sich seiner groben Versetzungen, die er sich gegenüber der revolutionären Arbeitererschaft zuschulden kommen ließ,

auch bewußt. In seinem „Amortisieren an die kommunistische Partei steht wörtlich folgendes:

„Ich empfehle, die weiteren Beschlüsse gegen mich zu fassen, ohne eine weitere Stellungnahme meinerseits abzuwarten.“ Dieser Satz kennzeichnet so richtig den Charakter eines politisch verlesenen Antrages.

Seine Stellung im reaktionären Magistrat ist ihm alles. Die Partei, das Proletariat, ist ihm nichts. Schluß mit solchen Leuten!

Im Gegensatz zu allen anderen Parteien wird die SPD immer, wie sie das auch in der Vergangenheit gemacht hat, sich von allen Personen trennen, die eine politische Linie beziehen, die mit der Parteilinie nicht mehr übereinstimmt. Sie gehören in die Reihen des sozial-faschistischen Führerlängels, die bestrebt sind, sich auf Kosten anderer gutbezahlte Pöfischen im Staatsapparat der kapitalistischen Republik zu ergaltem und ganz naturgemäß an den Interessen des Proletariats zum Verräter werden müssen. Der entscheidende Teil der Breslauer Arbeitererschaft und darüber hinaus die revolutionären Arbeiter im Bezirk werden den Beschlüssen der Leitung der kommunistischen Partei nur befragen.

Nur unter Führung der SPD wird es der Arbeitererschaft gelingen, die gesamte Arbeiterbewegung von solchen politisch korrupten Elementen zu säubern.

Bezirksleitung Schlesien der SPD.
Kommunistische Stadtverordnetenfraktion Breslau.

Alle Ornosfen und Kameraden

Alle mit dem Auto nach Dels fahren wollen, melden sich bis spätestens Freitag bei dem Genossen Bill Mitsche, Fürstenstraße 2. Fahrpreis 70 Pfennig. Abfahrt Sonntag früh 7 Uhr vom Laurentiusplatz.

Arbeiterwehr Nord

Die Organisation fährt Sonntag früh 8 Uhr per Auto vom Matthiasplatz ab. Der Fahrpreis beträgt 80 Pfennig. Das Fahrgeld ist bis Freitagabend abzuführen.

Stadttell West

Alle Mitglieder der Partei, des Jugendverbandes, der Arbeiterwehr, der Roten Hilfe, des K.P.W. treffen sich Sonntag früh 7 Uhr im „Anglerheim“ zur Autofahrt. Sonnabend von 18-20 Uhr im „Anglerheim“ Eintragungen für das Auto. Fahrpreis 50 Pfennig.

Stadttell Ost

Alle Mitglieder der einzelnen Organisationen — Partei, Jugend, Selbstschutz, Rote Hilfe, K.P.W. und Jung-Partialis-Bund — erscheinen Sonntag früh 8.30 Uhr bei Joublick, Königgräber Straße, zur Hauspropaganda.

Jedem Haushalt in diesen Tagen durch die Post eine Broschüre zu, betitelt:

DAS SO GESUNDE DR. SENFTNER-BROT

Hierin finden Sie die wissenschaftlich begründete Antwort, warum dieses Brot so gesund ist und warum es jedermann essen sollte. Die halbe Stunde, dieses Büchlein aufmerksam zu lesen, lohnt sich fürs ganze Leben! Sie sind es Ihrer Gesundheit schuldig!

Bäckereien, die das so gesunde Dr. Senftner-Brot backen:

Breslau:

V. Barisch, Herdainsstraße 61, R. Beer, Nordstraße 32, Karl Bentke, Reichstraße 22, F. Berger, Kreuzstraße 38, Josef Berger, Hummerlei 44, M. Bindig, Herdainsstraße 48, M. Bräunert, Werderstraße 47, A. Büntig, Neue Tschirstraße 59, Auguste Würde, Pöpelwitzstraße 19, F. Bürgel, Friedrichstraße 59, E. Eichner, Hedwigstraße 35, A. Eisner, Klobnitzstraße 33, R. Eisner, Hirschstraße 50, W. Eisner, Gräbichener Straße 18, E. Engel, Neudorfstraße 6, P. Ernst, Brüderstraße 73, J. Efelner, Neudorfstraße 98, D. Fiebach, Friedrich-Wilhelm-Straße 83, P. Fiebig, Hubenstraße 109, E. Franz, Breite Straße 33, Siegfried Friedländer, Ohlauer Straße 39, Siegfried Friedländer, Tauenzienstraße 2, Siegfried Friedländer, Gartenstraße 60, Siegfried Friedländer, Goethestraße 29, Siegfried Friedländer, Hohenjollerstraße 37/39, Siegfried Friedländer, Lohsestraße 41, Siegfried Friedländer, Altdüferstraße 55, Siegfried Friedländer, Hölzstraße 15, E. Fren, Käferstraße 1, Franz Galle, Mollestraße 12, Karl Geilke, Kolonnenstr. 57, Emma Gernoth, Eternit 57, A. Gerz, Schießwärdstr. 57, E. Glah, Bohrauer Straße 37, F. Grambold, Tauenzienstraße 150, R. Gromadla, Lesenerstraße 13, Alata Gubatsch, Neudorfstraße 68, G. Hänel, Frankfurter Straße 133, G. Handke, Uffulinerstraße, A. Heilmann, Weinststraße 58, P. Heintze, Bismarckstraße 4, P. Herrmann, Trebnitzer Straße 64, A. Hiescher, Lewaldstraße 15, M. Hirsch, Nikolaistraße 24, D. Hödt, Oberstraße 11, G. Hörning, Gehlstraße 21, R. Karg, Gottschalkstraße 4, P. Karkner, Seelenstraße 10, R. Knauer, Viktoriaplatz 32, Reinh. Krieling, Kom.-Gel., Jnh. Krawitz & Radtke, Friedrich-Wilhelm-Straße 15, G. Knobloch, Leutenstraße 68, Margarete Konecad, Dvitzstraße 59, A. Krautwald, Hildebrandtstraße 22, J. Kuchloch, Berliner Straße 79, M. Kuchler, Kleiststraße 30, E. Kuhn, Albrechtstraße 19, Bruno Kuhnert, Kleiststraße 42/44, Friedrich Liehr, Paulstraße 37, Th. Loffe, Freiburger Straße 32, A. Lindow, Antonienstraße 11, A. Margane, Steinmauer Straße 12, P. Kohry, Hirschstraße 68, P. Müde, Weizenburger Straße 6, P. Müller, Gohlfstraße 99, M. Neumann, Ohlauer 36, Paul Ohnjorge, Weinstraße 88, R. Oswald, Gräbichener Straße 260, S. Rajnal, Andersenstraße 9, G. Reich, Neue Tschirstraße 13, R. Reich, Goethestraße 101, R. Reich, Hedwigstraße 7, E. Raabe, Sonnenstraße 8, R. Rauer, Tauenzienstraße 188, B. Riebel, Berliner Straße 19, D. Ritter, Klosterstraße 77, Alwa Röhr, Vinzenzstraße 23, Hedwig Seewald, Reuschstraße 53, P. Seher, Matthiasstraße 159, R. Seidel, Sadowaplatz 37, G. Seybold, Hubenstraße 40, F. Skorzek, Lohsestraße 55, G. Sorge, Seiffenstraße 3, Fr. Eder, Rosenbaler Straße 12, R. Schäfer, Martinusplatz 3, G. Schide, Bowerstraße 16, Th. Schmidt, Dener Straße 17a, G. Schmitzer, Enderstraße 20, Adolf Schönfeld, Kaiser-Wilhelm-Straße 62, G. Scholz, Gräbichener Straße 68, G. Scholz, Friedrich-Karl-Straße 30, Paul Scholz, Tauenzienstraße 15, A. Scholz, Königgräber Straße 26, P. Schwall, Wasserloppstraße 14, D. Scholz, Bohrauer Straße 113/115, G. Schwarz, Karstr. 39, R. Sied, Gräbichener Str. 209, M. Stiller, Frankfurter Str. 33, M. Tschir, Gneisenaustr. 8, P. Uffing, Schmiebedstraße 11, Anna Urbank, Ritterplatz 11, E. Wagner, Gräbichener Straße 45, G. Wallis, Alenstraße 84, A. Weda, Widenbruchstraße 21, D. Werner, Bergstraße 30, G. Wistler, Kreuzburger Straße 7, E. Zimmermann, Dvitzstraße 20, E. Zimmermann, Kiroffierstraße 2, E. Zimmermann, Gohlfstraße 1, R. Zimmermann, Schlieiermacherstr. 1, G. Jorowitz, Bismarckstraße 66.

Kreis Breslau:

Alt-Schlesia: P. Kleinoth, Bettlern: Josef Neugebauer, Brodau: G. Hänel, B. Müller, Domschau: P. Reilert, Gnidmiz: A. Fritsch, Goldschmieden: Klonsdorf, Groß-Majestlich: B. Scholz, Groß-Mochbern: Koblitz, Groß-Nädlig: J. Weigbrich, Groß-Sürding: Georg Gräbe, Groß-Tschansch: Aug. Weidlich, Hartlieb: Paul Neugebauer, Herrmannsdorf: P. Palleiche, Jadschnau: Paul Heidler, Natter: A. Tierjcha, Nowallen-Friedewalde: Rob. Pohl, Alarenkrantz: P. Reinert, Klein-Gandau: Joh. Kofe, Klein-Mochbern: P. Michalski, Klein-Tschansch: A. Jenke, Mettendorf: Artur Müllche, Roberwitz: Ernst Horstbruch, Kofel: A. Richter, Rottwitz: Max Seifert, Krietzern: Fritz Bentke, Lichtenwalde: Karl Schmidt, Malchwitz: G. Nidel, Margareth: Karl Pohl, Meteschwitz: G. Pohl, Mellowitz: G. Pohl, Nandisch, Neulitz: R. Heidenreich, Oltzschin: Kurt Semper, Peterwitz: Jatte, Pilsniz: Adolf Jibich, Pfeiffelwitz: E. Hinz, Protzsch-Weide: R. Raton, Reppine: R. Lober, Rothföhren: Franz Untsch, Große Porzitz, Schalkau: Gustav Schmidt, Schmiedefeld: Paul Wende, Schmolz: R. Nider, Schönbanwitz: Grah, Schönborn: Juhria, Schmoitz: A. Ripper, Steine: P. Hermann, Tschansch: Kurt Nide, Tschirne: Karl Kraus, Wanger: E. Boebe, Weidenhof: E. Herzog, Wirtwitz: E. Kofche, Wöschwitz: Paul Ritsche.

Kreis Böhlaus:

Kraus: Oswald Bruner, Bohlauer Straße, Joh. Heinz, Breslauer Straße, Döbernsdorf: Paul Diekmann, Ring 12, Hermann Heimbold, Otto-Koch-Straße 21, Gimmel: E. Mohed, Groß-Schmogau: R. Barisch, Heingendorf: P. Weide, Herrnsdorf: Franz Friedrich, Lange Str. 71, Otto Kitzlaus, Guhrauer Str. 217, Kamin: Estante, Archlau: Max Feid, Arzfeld: G. Engel, Leubel: A. Martische, Leubus: C. Dertel, Leubus Städtel: Franz Nidel, Liebenau: Reinh. Wachs, Mondschütz: Karl Bähr, Nienberg: Rob. Kurawe, Stuben: P. Ede, Thiergarten: Rich. Luz, Witzig: Ernst Bergmann, Bohlauer Vorstadt, Paul Fege, Bahnhofsstraße, Bohlau: Fritz Rabe, Apothekenstraße 2, Paul Schmidt, Steinmauer Straße 48, Karl Schneider, Siegesstraße 16, Paul Schubert, Ring 15/16.

Kreis Neumarkt:

Neumarkt: Wilhelm Gimmel, Ring, Karl Hoffmann, Herm. Schneider, Ring, Böhndorf: Joh. Franz, Blumberge: Bernhard Janke, Borne: Loff, Buchwald: D. Franke, Camth: Georg Knöfel, Schweidnitzer Straße 110, August Nabisch, Ring 32, Dambritz: Paul Heinrich, Diezdorf: E. Lindner, Fürstena: Hugo Franke, Groß-Breza: Wiesner, Groß-Peterwitz: M. Rabler, Zerschendorf: Emil Rippel, Kammerdorf: Joh. Lindner, Kamitz: Th. Barisch, Kalkstein: Heinrich Weidert, Kriwitz: Oskar Haberland, Lentzen: J. Günther, Malzitz: A. Brieger, Marzowitz: Paul Kopteke, Weitten: Karl Schweigert, Nieder-Straße: Langer, Kinklau: Robert Jung, Rippert: R. Pfeiffer, Ober-Weis: Otto Koegel, Erben, Ober-Sieghardorf: R. Papasch, Reibersdorf: Oskar Vogt, Ritzsch, Del. Haberland, Pöhsdorf: Franz Thöner, Pölsitz: Gustav Beil, Pölsitz: Gustav Jibich, Pölsitz: Eyal, Rausje: A. Hoffmann, Schomitz: R. Kabon, Wälschan: Herm. Kämte, Zieserwitz: Alois Speer.

Kreis Trebnitz:

Trebnitz: Vincent Fangler, Bergstraße 3, Johann Kanta, Ring 18, Robert Rind, Lange Str. 59, Reich-Gammer: G. Puppe, Domschütz: A. Schirm, Frankwaldau: Fr. Kofschieder, Gellendorf: B. Reil, Groß-Kammer: Franz Meise, Groß-Peterwitz: Gustav Pöschke, Henningsdorf: Oskar Seifitz, Hünern: R. Penker, Rath-Gammer: Wilhelm Müller, Klein-Guth: G. Hoffmann, Engin: Krentz: C. Brandwein.

Dölar Wiesner, Ober-Glauche: E. Gramatte, Obernigt: Gg. Edelt, Pajsterwitz: M. Richter, Braunsitz: Emma Weide, Ring 35, Karl Reichelt, Trachenberger Straße 15, Schawoine: W. Belle, Schebitz: Fels, Schidwitz: Hermann Korfik, Schimmerau: A. Bargebda, Schlottau: Wulke, Schön-Guth: Josef Kurjawa, Starfene: Robert Zotta, Striese: Jul. Bauh, Stroppen: Heberle.

Kreis Dels:

Dels: Emilie Bardelle, Ruffenstraße 4, Gustav Hantle, Wartenberger Straße 7, Gustav Kirchhof, Ring 38, Bruno Schliebig, Ohlauer Straße 63, Otto Weop, Breslauer Straße 6, August Wuttke, Ohlauer Straße 19, Bernstadt: Friedrich Hentschel, Brieger Straße, Josef Schmidt, Breslauer Straße, Berta Wengler, Ramlauer Str. 1, Bohrau: J. Gräbe, Wimmel: W. Dede, Wulzow: Ruffer, Fürtzen-Guth: A. Kirsch, Gimmel: Paul Bauer, Groß-Graben: Ad. Scholz, Groß-Pölsitz: Jul. Boer, Gutwohne: Friedrich Voh, Juliusburg: Walter Rißner, Klein-Guth: W. Kufche, Korfisch: Metzger, Krafchen: A. Häner, Künersdorf: Max Kleiner, Lampersdorf: C. Fabian, Langenhof: Heinrich Hentschel, Langewiese: Jul. Knebler, Mählschütz: Paul Kofschel, Neisje: Robert Bierbaum, Ober-Schmolzen: Karl Neumann, Pölsitz: Krummschmidt, Priezen: R. Nufschid, Reesewitz: A. Heiner, Satrau: G. Gernoth, Sibyllenort: E. Schramm, Spahitz: Adolf Schwarz, Stampen: R. Richter, Wielguth: Robert Prjzinoch, Wabnitz: Otto Urban, Wilhelminenort: Robert Dgriffel.

Kreis Ohlau:

Ohlau: Alfons Gorille, Grottkauer Straße 4, Karl Lambert, Mälerstraße 12, Ernst Rother, Ring 36, Josef Seiba, Oberstraße 22, Bedern: Fritz Morawa, Bismiz: Berta Walter, Profewitz: Lindert, Daupen: Otto Reinert, Frauenhain: Reinh. Del, Groß-Weislerau: Gustav Langer, Guffen: Jagober, Heibau: Friedr. Herrlich, Gennersdorf: Paul Krause, Hünern: Otto Prose, Jalobine: G. Adler, Jeltzsch: Otto Land, Kleinöls: A. Kürze, Kobern: Karl Geiber, Köhndorf: Flech, Laslowitz: E. Dittsch, Märzdorf: R. Fröhlitz, Marienau: Aug. Bloger, Marzowitz: Kurt Paul, Minken: D. Schmalitz, Niemmen: Rinst, Reisterwitz: August Viertel, Rattwitz: Reinh. Reinert, Rosenhain: J. Neugebauer, Stanowitz: Herm. Riebel, Steindorf: Fr. Pulter, Tempelhof: Jos. Kamte, Thomasfirch: J. Kaufmann, Wansen: Reinhard Langwitz, Ring 2, Max Rulcher, Ring 83, Fritz Weber, Ring 97, Weigwitz: Felix Scholz, Würben: R. Heinz, Zottwitz: A. Baumgart.

Kreis Rumpitz:

Rumpitz: Theodor Eberle, Ring 15, Dirsdorf: Schäfer, Groß-Aniegnitz: Dietrich, Groß-Ring: R. Tripple, Groß-Willau: Richard Glina, Grünhartau: Friedr. Schiller, Heidersdorf: Moritz Kaufmann, Jordanmühl: A. Lehmann, Karthau: Fr. Klingenberg, Kargen: D. Dittsch, Klein-Aniegnitz: Hermann Henrich, Kretzsch, Reinhold Rind, Langenöls: M. Werner, Kalschitz: Wagner, Marlar: Fritz Weber, Senitz: Barisch, Siegroth: Josef Jeb, Wilschowitz: Herm. Langhust.

Kreis Strehlen:

Strehlen: Ernst Junel, Altkampstraße 9, Wih. Gräbe, Ring 2, Herm. Grundmann, Ring 50, G. Petrich, Münfberger Straße 26, Deutsch-Landen: Artur Perlitus, Geyersdorf: E. Reif, Groß-Burg: Julius Gräbe, Guffine: J. Schirbel, Markt-Bohrau: Galle, Oldendorf: Julius Vogt, Pentz: A. Schindler, Rieborn: G. Eicher, Riegersdorf: Junel, Rosen: R. Prieste, Ruppersdorf: Gräff, Saurmasche Wädel, Schönbrunn: Rud. Weiß, Striege: Fritz Gausch, Tappendorf: Fr. Schmalhe, Urfitz: Otto Brautched, Wälsch: Krentz: C. Brandwein.

Oberschlesien

Die nationalistische Zigarre über O.G.

Nachdem die ober-schlesischen Spieler in der vorigen Woche lange Gasse beherrschten, ist endlich ihr Zepp gelommen. Bange war es aber den Spielern doch noch, bis er kam. Den ganzen Vormittag liefen sie wie Wombischige umher und schauten nach den Wollen. Ach, die Zeit verging zu langsam. Doch die Morgenblätter versündeten sie gebührend: Er kommt!

Gleich nach dem ersten Frühstück wurden die bunten Fegen aufgerollt und zur Dachluke herausgesteckt. Die verschiedenen Oberbürgermeister, darunter auch der Sozialdemokrat Berger in Oppeln, traten vor dem Spiegel noch einmal ihr Sprüchlein ein. Der Herr Geisler in Gleiwitz rechnete mit allen Eventualitäten und machte sein Sprüchlein auf Gedenker und Behnmann zurecht. Er wußte nämlich nicht, wer die Meisenzigarre führen wird.

Gegen 11 Uhr endlich (!) gongelte Gedenker mit seiner nationalistischen Zigarre heran. Oppeln, Ratibor, Beuthen, Hindenburg,

Gleiwitz begleitete (!) er mit seinem Besuch. Die Gasse der Spieler reckten sich wieder, als würde ein Wobelfrischlad. Wobelfrischlad begreift das erste Surren der Motore des Zepp. Die silbernen aussehende Zigarre kam immer näher. Nach einer Schelle über der Stadt ging über den nächsten Ort. In Gleiwitz nahm der Zepp seinen Weg über den Flugplatz, wo sich die gesamten Spieler gesammelt hatten. Von der Führergondel hing an einer Leine ein schwarzweißrotes Tuch herab. Das störte aber auch die Republikaner nicht. Es ist auch ihr Zepp. Herr Geisler, der Zentrumsoberbürgermeister von Gleiwitz, leerte sein Sprüchlein durch den Rundfunk auf den Zepp. Nach einer Minute Zückerichwenken von oben und unten, und der Zepp war weg.

Nach dem Aufsehen des ganzen Kammels war der Empfang ziemlich mager. Wegen der Arbeiterschaft hätte sich der Zepp ruhig seine Gondel über Oberschlesien erparen können.

Drei Monate Gefängnis für einen „Rot-Front“-Ruf

Zu dem gestern veröffentlichten Bericht im politischen Teil wird uns ergänzend berichtet:

Als Max Höelz auf seiner Tournee auch Gleiwitz besuchte, wurde er von den Arbeitern stürmisch mit „Rot-Front“ begrüßt. Genosse Kellek, der die Rundgebung leitete, begrüßte als erster den Genossen Höelz mit diesem Ruf. In allen Orten wurde Max Höelz gleichfalls mit „Rot-Front“ begrüßt. Niemand hatte und konnte etwas dagegen haben. Aber in Gleiwitz, dem Hauptquartier des Sozialfaschisten Wed, wurde wegen des Rufes „Rot-Front“ der Genosse Kellek vor die Klassenjustiz gestellt.

Dienstag vormittag fand die Verhandlung vor dem Schöffengericht statt. Aus dem von Achtgroßhungen zusammengeschleppten Material haute der Staatsanwalt eine Anklage gegen den Genossen Kellek auf Grund des missigen Republikanengesetzes zusammen. Nach der Logik des Sowjetischer Staatsanwalts bedeutete der Ruf „Rot-Front“ die Weiterführung des Roten Frontkämpferbundes und somit eine Gefährdung der morschen kapitalistischen Republik. Das Gericht dieser kapitalistischen Republik ließ sich von der gleichen Logik, wie der Staatsanwalt, befehlen.

Das Gericht verurteilte nach dem Wunsche des Staatsanwalts den Genossen Kellek, weil er einmal „Rot-Front“ gerufen hat, zu drei Monaten Gefängnis.

In seiner Verteidigungsrede rechnete Genosse Kellek mit dieser Klassenjustiz ab. Er wies nach, daß der Staatsanwalt eine sehr

eigenartige Auffassung an den Tag legte. Daß Genosse Kellek das Klassengericht als das hinstellte, was es in Wirklichkeit ist, paßte den Klassenrichtern natürlich nicht.

Und Genosse Kellek wurde wegen seiner Verteidigungsrede nochmals wegen Verächtlichmachung der Klassenjustiz zu 75 Mark Geldstrafe verurteilt.

Wenn man die Prozesse gegen Faschisten und anderes Gesindel verfolgt (siehe nur Oppeln), so kommt die Unerhörtheit dieses Klassenurteils fast zum Ausdruck. Daneben wären noch die Blamagen der Klassenjustiz in ähnlichen oder gar gleichen Fällen anzuführen, wo solche Anklagen ebenfalls zusammengebrochen sind. — Genosse Kellek hat gegen das unerhörte Klassenurteil sofort Berufung eingelegt.

Arbeiter, nun erst recht „Rot-Front“. Die Klassenjustiz soll es nicht fertig bringen, auf Grund von missigen Gesetzen, „Rot-Front“ aus den Herzen der Arbeiterschaft zu reißen. Die kommunistische Partei ruft die gesamte Arbeiterschaft auf, im ganzen Reich

gegen das R.F.V.-Verbot am 27. Oktober zu demonstrieren.

Überall und besonders in den Betrieben muß die Arbeiterschaft zur Aufhebung des R.F.V.-Verbots Stellung nehmen. Arbeiter, trefft sofort die Vorbereitung zu einer wuchtigen Antwort an die Sozialfaschisten und die Klassenjustiz.

Trotz alledem: Rot-Front!

Gleiwitz

Zatfaden aus der kommunalen Zentrumswirtschaft

Zwei Magistratsstellen für 20 000 Mark — Unterstützungsjäge werden geführt — Der Oberbürgermeister in Abien

Das Etatsjahr 1929 ist ein Notjahr. Der Oberbürgermeister hat 100 000 Mark im Wollfahrsstat gestrichen. Das alles hindert den Magistrat nicht, den Rektor Wzessinta, Fraktionsleiter des Zentrums, als Stadtschulrat zu wählen. Ein deutchnationaler Kandidat wird Stadtschulrat. Zur selben Zeit werden den Sozialhilfebedürftigen die vom Bezirksfürsorgewerband bewilligten 10 Prozent Erhöhung gestrichen. Die alljährlich seitens der Stadt auf Druck der Kommunisten bewilligten Kohlen- und Kartoffelvorräte an Minderbemittelte sollen gleichfalls in diesem Jahre in Wegfall kommen.

Seit Monaten ist die Stelle eines Schulwarts und eines Wasserturmwarters zu besetzen. Der Oberbürgermeister als Personaldezernent bestimmte für ersteren einen Zentrumsmann und ging in Urlaub. Frau Lomat von den Deutchnationalen benutzte die Abwesenheit und schob einen Orgehrbruder vor. Der Ober kommt zurück und steht die Besetzung. Er wartet. Eine dritte Partei tritt auf den Plan. Der Ober wartet weiter. Auf die Fegen getreten, erklärt er: „Ich werde doch lieber bis nach den Wahlen warten, und möchte doch jetzt niemandem Propagandastoff geben. Als Wasserturmwartter war ein Arbeiter vorgezogen, welcher im Dienste der Stadt Gleiwitz einen Unfall erlitten hatte. Frau Lomat roch Bunte, überschüttete den Arbeiter mit Verleumdungen und Verdächtigungen. Ihre Absicht war klar, denn sie präsentierte zu gleicher Zeit einen Stahlhelmspringling.

Gleiwitz ist großzügig im Bau oder in der Inbetriebnahme von Gaststätten aller Art. Außer der „Schweizererei“ ist der Magistrat Besitzer von „Haus Oberschlesien“, „Theater-Café“, „Feldherren“, „Waldschloß“ und dem „Stadtgarten“. Die Pacht der einzelnen Unternehmungen ist sehr gering, und nicht zuletzt deshalb, weil der Magistrat eine Konkurrenz der anderen vor die Nase stellt. So war das Haus Oberschlesien dem Theater-Café eine starke Konkurrenz. Um etwas zu retten, empfahl der Oberbürgermeister, im Theater-Café eine Kleinkunstbühne zu errichten. Es gelang zum Teil, ein Defizit zu verhindern. Jetzt steht das Haus Oberschlesien vor der Pleite. Der Retter ist da. Der „Ober“ befiehlt einfach: „Kleinkunstbühne mit Konzession bis 3 Uhr“. Jetzt geht das Theater-Café pleite und damit 15 000 Mark Pacht und Steuern, die von der Konkurrenz nicht aufgebracht werden. Der jährliche Zuschuß für Haus Oberschlesien von über 200 000 Mark

erhöhte sich somit um weitere 15 000 Mark. Bei der Eröffnung der Kleinkunstbühne mußte die Deffentlichkeit sagen: „Der Kommunist Behr hat bei der Debatte über Haus Oberschlesien recht gehabt, als er dieses Haus mit einem Puff verglich.“

Das sind alles Zatfaden. Die Schandtaten hat der Zentrumsmagistrat und die bürgerliche sozialdemokratische Parlamentsmehrheit verbrochen.

Beuthen

Die Arbeitsmarktlage in Stadt und Land

In der Zeit vom 3. bis 9. Oktober 1929 waren beim Arbeitsamt insgesamt 1611 männliche und 565 weibliche Arbeitsuchende vorgemerkt, von denen 811 männliche und 223 weibliche Personen Arbeitslosenunterstützung und 136 männliche und 42 weibliche Personen Krisenunterstützung bezogen haben. Außerdem wurden an 552 bzw. 225 Familienangehörige der Hauptunterstützungsempfänger Zuschläge gezahlt. Zurzeit werden 61 Arbeiter bei Notstandsbetrieben beschäftigt. Infolge Höchstdauer schieben aus der Arbeitslosenversicherung 22 männliche und 12 weibliche Personen und aus der Krisenunterstützung drei männliche Personen aus.

Die Zahl der amtlich notierten Arbeitslosen ist in dieser Berichtswache etwas gefallen. Das ist aber ziemlich unwesentlich. Wesentlich ist bei diesem Bericht, daß immer mehr Arbeitslose aus der Unterstützung auscheiden. Gut ein Drittel mehr wie in voriger Woche sind wieder ausgeteuert worden. Sollen diese Ausgeteuerten, für die keine Arbeitsmöglichkeit vorhanden ist, verhungern? Arbeitslose, laßt das nicht zu! Kämpft für Einreihung in den Produktionsprozeß oder ausreichende Unterstützung für die ganze Dauer der Erwerbslosigkeit.

Von durchgehendem Gespann tödlich überfahren

Am 16. Oktober, gegen 8.10 Uhr, wurde ein Polizeioberwachmeister der 8. Polizeibereitschaft innerhalb der Polizei-Unterkunft beim Anhalten eines durchgehenden Bierwagens umgerissen und überfahren. Der schwer beladene Wagen ging dem Beamten über Kopf und Leib. Der Verletzte wurde in das hädtliche Krankenhaus eingeliefert, wo er inzwischen seinen Verletzungen erlegen ist.

Hindenburg

„Germann Müller nicht treibt, deshalb blaue Bohnen für Arbeiter“

Das sozialdemokratische Subblatt geht immer offener seinen sozialfaschistischen Kurs. In der Nummer 245 vom Mittwoch bringt dieses Subblatt eine Polemik gegen kommunistische Flugblätter, die in Nürnberg verteilt wurden und die Hermann Müller, den

essernen Stanzler Nr. 2, unter die Lupe nahmen. Das „Subblatt“ schleimt sich im Kommentar folgendermaßen aus:

Die stinkende Gemeinheit dieses Subblatts kann nicht mehr übertrieben werden. So etwas kommt sich nach Arbeiterpartei. Der Gummiappet ist noch viel zu schade für sie.

Alle, der Gummiappet ist zu schade. Das nächstliegende sind blaue Bohnen, die Bergleib schon am 1. Mal angewandt hat. Kann das sozialdemokratische Subblatt noch gemeiner seinen Kurs zum Ausdruck bringen?

Arbeiter, wachen wir wachen, bis die sozialdemokratischen blauen Bohnen kommen? Heraus zur Gegenoffensive gegen den Sozialfaschismus. Jede Verzögerung kostet der Arbeiterschaft Blut.

Jugendbetriebsvertrauensleute, Sitzung!

Am Sonntag, dem 20. Oktober, 14 Uhr, findet in Zabotze, Lokal Kravaleh, Brojastraße 30, eine außerordentliche Jugendbetriebsvertrauensleuteversammlung der Königin-Luise-Grube statt.

Tagesordnung:

1. Bericht über die oppositionelle Betriebsräte-Konferenz vom 20. September in Hindenburg.
2. Rolle der Jugendbetriebsvertrauensleute im Betriebe und in den Gewerkschaften.
3. Unsere nächsten Aufgaben.
4. Verschiedenes.

Es ist Pflicht, daß alle Kameraden erscheinen.

Der revolutionäre Jugendbetriebsvertrauensleuteauschuh der Königin-Luise-Grube.

Peiskretscham

Warum spalten die Reformisten den Einheitsverband?

Ueber dieses Thema spricht Sonntag, den 19. Oktober, um 16.30 Uhr, in Peiskretscham im Bahnhofshotel der Vorsitzende der Ortsgruppe Oppeln des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, Genosse Chwalek.

Eisenbahner, organisiert die geschlossene Abwehrfront gegen den sozialfaschistischen Spaltungskurs der Scheffel, Blättermann, Kontrowitz usw. Kein Eisenbahner darf fehlen. Blättermann und Kontrowitz werden hierdurch besonders aufgefordert, zu erscheinen.

Ratibor

Landeshühentellerei beim Deutmalstrummel

Verpätet erfahren wir noch eine interessante Tatsache, die sich bei der Einweihung des Annaberg-Deutmals abspielte. Als der Deutmalstrummel feierlich seinem Ende zuging, gingen die Spielente der Grünhänflinge (Landeshühnen) eine feierliche Kellerei an. Wegen des Frostes gerieten auf dem Festplatz die Landeshühnen von Ratibor mit ihren Kameraden aus Groß-Peterwitz in die schönste Schlägerei. Der Herr Tambourmajor Ulrich versuchte, beide Parteien wieder für einen Schoppen Bier unter seine Fittiche zu bekommen. Das wollte die eine Partei jedoch nicht, da ein Schoppen Bier zumeist ist. Deshalb die Kellerei. Die Kellerei zeigte dem Tambourmajor als tapferen Helden. Als er sah, daß sich seine Kameraden prügelten, zog er es vor, anstatt zu schlichten, zu verbüßen. Ein Schauspiel für Götter war diese Kellerei. Netze deutliche Kameradschaft. Arbeiter, sorgt dafür, daß auch diese Organisations, die in der Front gegen euch steht, bald zerfallen wird!

Oppeln

Anfrage an den Landeshauptmann

Genosse Libor als Mitglied des Provinzialauschusses stellt folgende Anfrage an den Landeshauptmann: „Laut Pressebericht sind die Ostdeutschen Werkstätten in Reihe aufgelöst. In Verbindung damit wird seitens der Presse behauptet, daß dort Unregelmäßigkeiten usw. vorgekommen seien.“

Ich erlaube, in der nächsten Provinzialauschuhung, am 19. Oktober, diesem einen schriftlichen Bericht über die Gründe der Auflösung, wie auch über die seitens der Provinz im Laufe des Bestehens dieser Werkstätten gewährten Mittel eine Vorlage zu machen.“

Wir sind gespannt, was Piontel antworten wird. Diese Anfrage greift in die Zentrumsmagistratschaft in Oberschlesien ein, und da wird sich Herr Piontel schwer drücken müssen.

Achtung! Deffentliche NSB.-Versammlung!

Am Sonntag, dem 20. Oktober, 16 Uhr findet eine deffentlich Jung-Spartakus-Versammlung im alten Schützenhaus statt. Der Delegierte von Schlesien am NSB.-Weltkongreß wird einen Bericht geben über den Pionierkongreß in Moskau und das Leben der Kinder in der Sowjetunion. Wir eruchen alle Genossen und Sympathisierenden, mit ihren Kindern zahlreich zu erscheinen.

NSB.-Konferenz des R.F.V.

Sonntag, den 20. Oktober, findet vormittags 10 Uhr die Unterbezirkskonferenz der NSB. im alten Schützenhaus statt. Die Konferenz ist von außerordentlich großer Bedeutung. Alle Genossen des Unterbezirks haben zu erscheinen!

Arbeiterlotteribondenten!

Die Konferenz findet Sonnabendabend, den 19. Oktober, und Sonntag, den 20. Oktober, in Hindenburg, bei Siegel, Paulstraße 22, statt.

TAFELÖL **RINDER-NIERNENFETT** **EIER** **SÜSSRAHM!!**

Aus diesen appetitlichen Sachen wird FRI-HO-DI zubereitet

= Fri-Ho-Di



Filzhut
mit breitem Band
und Chenillefärberei **5/15**

Frauenhüte sind unsere Spezialität

Auch in großen Kopfwellen unterhalten wir ständig ein reichhaltiges Lager von besonders reichhaltigen Formen in allen Preislagen. Unsere erfahrenen Verkäuferinnen werden Sie liebenswürdig beraten und Ihnen bei der Wahl des richtigen Hutes behilflich sein.

Samthut
mit Bandgarnitur u.
weißem Unterrand **5/15**

in Tichauer

Reinscheitstraße 47, parterre und 1. Etage
Eigene Strohhut- und Filzhutfabrik



Stadttheater Breslau

(Opernhaus)
Spielplan vom 12. bis 20. Oktober 1929
Freitag, 20. 11hr
Abonnement- und Vorstellung Serie C 4
Galome
Sonabend, 20. 11hr
Judith

EDEN-THEATER

Neu verfilmt!
Der Graf von Monte Christo
I. und II. Teil in einem Programm!

Wegen der ungewöhnlichen Länge des Programms an Wochenenden **nur 2 Vorstell.**, am Sonntag **nur 3 Vorstellungen**.
Wochent. 8 1/2, 9 1/2 Uhr — Sonntag. 8 1/2, 9 1/2 Uhr
Schiller zur 1. Vorstellung 40 u. 80 Pfg. Eintritt

Otto Klasing, Weidenstraße 18
Messerschmiedemeister
Schleif- und Polier-Anstalt
Stahlwaren-Spezialgeschäft

ff. Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Georg Loebel
Breslau, Klosterstraße 85

Metallbetten
Polstermatratzen
billigst
Eisenhandlung
Franz Neumann
Inh. Herm. Pohl
Schweidnitz, Ring 38



Fußbekleidung
kauft man am
preiswertesten
im

Schuhhaus
Förster
Schweidnitz
Langstraße 6

Herren- und Damen-Frisör

Paul Scharbert

Gleiwitz, Neuweltstr. 11
Neubau Royal

Ämtliche Bekanntmachung von Weißstein

Aufforderung zur Einreichung von Wahlvorschlägen.

Am Sonntag, dem 17. November 1929, findet in Verbindung mit den Wahlen zum Kreisrat und Provinziallandtag die Wahl der Gemeindevertretung der Landgemeinde Weißstein statt. Die Wahl der zu wählenden Gemeindevertreter ist durch Ortsstatut auf 24 festgesetzt worden.

Gemäß § 85 der Wahlordnung für die Wahlen zur Gemeindevertretung in der Fassung vom 26. Juli 1929 wird hierdurch zur Einreichung von Wahlvorschlägen für die Wahl zur Gemeindevertretung der Landgemeinde Weißstein aufgefordert. Dieselben müssen spätestens am 17. Tage vor dem Wahltag, d. i. bis Donnerstag, den 21. Oktober 1929, nachts 12 Uhr, bei dem Unterzeichneten als Vorsitzenden des Wahlausschusses schriftlich eingegangen sein. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird.

In den Wahlvorschlägen sollen die Bewerber mit Zuname und Vornamen aufgeführt und ihr Stand oder Beruf sowie ihre Wohnung deutlich angegeben werden, daß über ihre Persönlichkeit kein Zweifel besteht. Sie sind in erkennbarer Reihenfolge aufzuführen.

Die Unterzeichner der Wahlvorschläge sollen ihren Unterschriften die Angaben ihres Berufes, Standes und ihrer Wohnung beifügen.

Mit den Vorschlägen sind einzureichen:

1. Die schriftliche Erklärung der Bewerber, daß sie der Aufnahme in den Wahlvorschlag zustimmen. Eine telegraphische Erklärung gilt als schriftliche Erklärung, wenn sie durch eine spätestens am dritten Tage nach Ablauf der Frist eingegangene schriftliche Erklärung bestätigt wird. Bei Abgabe dieser Erklärung ist Stellvertretung durch einen mit schriftlicher Vollmacht versehenen Vertreter zulässig, wenn der Bewerber nachweislich verhindert ist, die schriftliche Erklärung rechtzeitig einzuwenden.
2. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Bewerber am Wahltag das 25. Lebensjahr vollendet haben, Reichsangehörige sind, in der Gemeinde seit sechs Monaten wohnen, und nicht gemäß § 2 Abs. 2 des Gemeindevahlgesetzes vom Wahlvorschlag ausgeschlossen sind.
3. Die Bescheinigung des Gemeindevorstandes, daß die Unterzeichner des Wahlvorschlags in der Bürgerliste eingetragen oder mit einem Wahlchein versehen sind.

Im Falle des § 2 Abs. 6 des Gesetzes vom 9. 4. 1923 (RG. S. 88) findet, sofern verdrängte Personen auf einem Wahlvorschlag ihres Aufenthaltsortes aufgeführt werden, Nummer 2 hinsichtlich des Wohnsitzes und der Wohnsitzdauer keine Anwendung.

Die Wahlvorschläge müssen von mindestens zehn in der Gemeinde zur Ausübung des Wahlrechts berechtigten Personen unterzeichnet sein.

Die Wahlvorschläge können eine beliebige Anzahl von Bewerbern enthalten.

Jeder Wahlvorschlag soll durch den Namen einer Partei oder durch ein sonstiges Kennwort bezeichnet werden, das ihn von allen anderen Wahlvorschlägen deutlich unterscheidet. Irreführende Kennwörter sind unzulässig.

In jedem Wahlvorschlag muß ein Vertrauensmann und ein Stellvertreter bezeichnet werden, die zur Abgabe von Erklärungen gegenüber dem Vorsitzenden des Wahlausschusses bevollmächtigt sind. Fehlt diese Bezeichnung, so gilt der erste Unterzeichner als Vertrauensmann, der zweite als sein Stellvertreter.

Erklärt mehr als die Hälfte der Unterzeichner des Wahlvorschlags schriftlich, daß der Vertrauensmann oder der Stellvertreter durch einen anderen ersetzt werden soll, so tritt dieser an die Stelle des früheren Vertrauensmannes, sobald die Erklärung dem Vorsitzenden des Wahlausschusses zugeht.

Gemäß § 5 Satz 4 des Gemeindevahlgesetzes findet eine Verbindung von Wahlvorschlägen nicht statt.

Der Wahlausschuss, welcher über die Zulassung der Wahlvorschläge zu entscheiden und dieselben festzusetzen hat, setzt sich zusammen:

- a) aus dem unterzeichneten Gemeindevorsteher als Vorsitzenden,
- b) aus sechs ordentlichen Weisßern:

1. Arbeiter Gustav Berger, Feldstraße 7,
2. Geschäftsführer Wilhelm Seeliger, Konradsthaler Straße 7,
3. Kaufmann Emil Bieder, Salzbrunner Straße 40,
4. Kaufmann Karl Wienias, Hauptstraße 174,
5. Reisender Alfred Wanned, Hochwaldstraße 3 b,
6. Bergarbeiter Max Domager, Konradsthaler Straße 17,

- c) aus sechs Ersatzmitgliedern:

1. Lehrer Kurt Thiel, Hauptstraße 130,
2. Bergarbeiter Alfred Taubitz, Altwasserstraße 12 b,
3. Rektor Otto Casper, Stedlungring 13,
4. Gasthofbesitzer Kluge, Konradsthal Nr. 49,
5. Bergarbeiter Ernst Hölig, Hochwaldstraße 11,
6. Bergarbeiter Gustav Schloffer, Friedhofsweg 38.

Die vom Wahlausschuss zugelassenen und festgesetzten Wahlvorschläge werden später bekanntgegeben werden.

Weißstein, den 12. Oktober 1929.

Der Gemeindevorsteher
Hertwig

ZENTRAL-THEATER
Breslau VI, Westendstraße 59
Telephon 234 29
Bis Donnerstag, den 24. Oktober 1929
Elisabeth Bergner
in
Fri. Eise
Der Rom. eines jung Mädchens unser.
Zeit mit Steindruck, Bassermann, Trevor
Dazu als 2. Film:
Die 3 Frauen des Urban Hell
Plakante Erlebnis, ein Schwimmlehrers
im Damenbad mit
Fred Döderlein, Hilde Maroff
Mia Pankau
Sonabend, 3.30 Uhr, Sonntag, 3 Uhr
Grosse Kindervorstellung:
Nuri, der Elefant

Schauspielhaus
Operettenbühne
Tel. 36 300
Täglich 8 Uhr
Friederike
Franz Lehars Weltverfolg
Sonab. nachm. 4 Uhr
Sonntag nachm. 2 Uhr
**Rotkäppchen
und der Wolf**
Kleine Preise!

MOLLIG WARM

Kamelhaarschuhe
für Herren, Damen und Kinder
Laschenschuhe
Wolle m. Baumwoll, Größe
38-47 2,25, Gr. 38-42 1,95,
Gr. 31-35 1,65, Gr. 25-35
Umhangschuhe
m. Ponpon, Wolle m. Baumwoll,
Gr. 38-42 1,95, 31-35
Schnallensiele
m. Filz- u. Ledersohl, Wolle
mit Baumwoll, Gr. 43-47 3,80,
28-42 2,95, 31-35 2,75, 25-3
„Tack-Spezial“
reine Wolle mit Kamelhaut,
Umhangschuhe, Gr. 38-42
3,90, 31-35
Laschenschuhe 3,50
Gr. 43-47 3,90, 38-42 3,50
Schnallenschuhe
Gr. 43-47 5,90, 38-42 4,90,
31-35 4,30, 25-30 3,80, 21-24 2,95

Tack
Verkaufsstellen **Conrad Tack & Co., G. m. b. H.**
Breslau Ohlauer Straße 15 Fernspr. 561 80
Reinscheitstr. 47-49 Fernspr. 274 20
Dresden, Görlitz, Gleiwitz, Hildebrand, Hirschberg, Liegnitz
Oppeln, Ratibor, Waldenburg

Bettfedern

geschlossene u. ungeschlossene
garantiert staubfrei und füllkräftig
Inletts, Bettbezüge
fertige neue Betten
Große Auswahl. Allerbilligste Preise
Bettfedernhaus Liebich
Breslau, Neue Taschenstraße Nr. 1 b
(Schrägüber vom Viktorialtheater)
Zur Bettenreinigung empfehle meine
moderne neuzeitliche Maschine.

Räder 37.—
Rahmen gelöst 18 —
bunt 22.—
Schlauchreifen 4.50
Decke Exelsior 3.50
Schlauch 0.95
Pedale 1.50
Rückstrahler 0.40
Lenker engl. 1.75
Holzfelge 2.85
Felg. gelb 1 25, 0.95
Satteltaschen,
hell 0.90
Ketten 1.50
Kalder, Zimmerstr. 1

Genossen!
werbt für
Cure Presse!

Bekannt u. beliebt sind unsere Sonder-Verkaufstage

Wir bieten auch diesmal eine Fülle Gelegenheitskäufe
und Extra-Angebote zu ganz enorm billigen Preisen

Bettwäsche mit kleinen Schönheitsfehlern	Wäsche Taghemden, Nachthemden, Bettdecken, Unterkleider, Schlauchtücher für Damen, Herren und Kinder zu fabelhaft billigen Preisen	Trikotagen und Wollwaren
Oberbetten aus prima Linon, glatt und gestickt, 130 cm breit 3.95	Seldentrikotwäsche, H.W. Unterkleid elegant mit Spitze garniert 2.50	Schleier für Damen mit dickem, angewebtem Füller 1.35
Kopfkissen aus prima Wollis, Damast, Linon, 1.50 1.25	Rechtswesen sehr reich mit Spitze garniert 2.50	Schleier aus Seidenstoff, mit warmem Füller 1.50
Kopfkissen einzeln u. paar- weise, sehr elegant in Stoff, garniert oder reich gestickt 1.75	Complect (Hock mit Schleier) sehr eleg. mit Spitze garniert 5.50	Schleier aus Seidenstoff, in Füller, ganz schwere Qual. 1.95
Bettzug mit 2 Kissen aus prima, köstlichem Linon 5.50	Complet ein großer Posten Complet , Unterkleider und Schleier aus Charmeuse, Trammis und Allianze zu ganz besonders billigen Preisen	Wollene Westen für Kinder, für das Alter, 6-12 Jahr, 3.80, 2.50
Bettzug mit 2 Kissen sehr reich gestickt 7.50	Normal-Berren-Röcken wollgemischt, m. Doppelbrust wollgemischt 2.50	Normal-Berren-Röcken wollgemischt 1.95
Bettzug mit 2 Kissen aus pa. Damast oder Wollis 11.75	Dam- u. Berren-Puller u. Westen, gute Qualität, von 6.50 an	
Bettdecken mit pers. Kissen elegant gestickt oder einseitig hochschön billig	Damen- u. Berren-Röcken für Herren, Damen und Kinder sehr billig	
Handschuhe , Strümpfe und Socken, Sportstrümpfe, Strümpfe, Gamaschen in großer Auswahl — Gardinen, Steppdecken, Dampendecken, Bettdecken in großer Auswahl zu sehr billigen Preisen		

Mitglied der Kunden-Kredit G. m. b. H., Breslau, Gartenstraße 67 (Capitol)

Bertha Braunthal

Schmiedebrücke 53

**Prima fettes
junges Fleisch**
Eugen Richter, Roßschlächtere
Franz Nachfolger
Landeshut :: Brauhausstraße

**ff. Fleisch-
und Wurstwaren**
Max Frubrich, Schweidnitz
Reichenbacher Straße 5

Fleisch- und Wurstwaren
Otto Radtke
Schweidnitz / Frühstückstube

Geschäfts-Eröffnung

Einem geehrten Publikum von Striegau und Um-
gebung hiermit zur gefälligen Nachricht, daß ich in
Striegau, Gräbenstraße 26, einen

Frisier-Salon

eröffnet habe und bitte mein junges Unternehmen
gütigst zu unterstützen.

Fritz Herrmann